Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1949)

Artikel: Verwaltungsbericht der Finanz-Direktion des Kantons Bern

Autor: Siegenthaler, W. / Moeckli, G.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417407

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VERWALTUNGSBERICHT

DER

FINANZ-DIREKTION DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1949

Direktor: Regierungsrat **W. Siegenthaler**
Stellvertreter: Regierungsrat **G. Moeckli**

A. Allgemeines

I.

Die Finanzdirektion hat im Berichtsjahr das Rechnungswesen des Staates reorganisiert. Der Voranschlag und die Staatsrechnung wurden mittelst eines Kontenplanes nach dem System der Dezimalklassifikation umgestaltet. Künftighin wird der Voranschlag im Sinne des Universalitätsprinzips alle im Laufe eines Rechnungsjahres getätigten Einnahmen und Ausgaben des Staates enthalten. Die Einnahmen und Ausgaben werden nicht gegenseitig verrechnet, sondern in Bruttozahlen aufgeführt. Die Posten des Voranschlages werden nach Herkunft bzw. Verwendungszweck zur Darstellung gebracht. Angestrebt wird eine systematische Gliederung des Voranschlages und eine einheitliche Umgrenzung des Sachinhaltes der einzelnen Voranschlagskonten. Die Spezifikation erfolgt nach einem von der Finanzdirektion ausgearbeiteten Kontenplan, in welchem die vorkommenden Einnahmen und Ausgaben in Sachgruppen zusammengefasst sind. Der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben wird ergänzt durch den Voranschlag der Vermögensveränderungen. Der Grosse Rat hat damit die Möglichkeit, zur Gestaltung des ganzen Finanzhaushaltes Stellung zu nehmen.

Die Gliederung des Voranschlages und der Rechnung nach Sachgruppen und die Verwendung eines Zahlensystems zur Bezeichnung der Konten ermöglichen eine übersichtliche Finanzstatistik, die jeweilen gleichzeitig mit der Vorlage der Rechnung zur Verfügung steht, aber auch eine intensivere verwaltungsmässige Finanzkontrolle, deren erstes Ziel das Aufsuchen und Verwirklichen von Sparmöglichkeiten ist.

Die Neugestaltung des Rechnungswesens wird auf arbeitstechnischem Gebiet vervollständigt durch die Einführung der maschinellen Durchschreibebuchhaltung. Von dieser Massnahme kann eine Verbesserung der Buchhaltungstechnik und eine erhebliche Leistungssteigerung in der Bewältigung des stets anwachsenden Buchungsstoffes erwartet werden.

Der Staatsvoranschlag für das Jahr 1950 ist bereits nach neuem System aufgestellt und dem Grossen Rat vorgelegt worden. Zu Vergleichszwecken wurde auch die Staatsrechnung 1948 so gut wie möglich auf den neuen Kontenplan umgearbeitet.

II.

Die Umgestaltung des staatlichen Rechnungswesens fällt zeitlich zusammen mit der Neubesetzung der Stelle des Kantonsbuchhalters. Kantonsbuchhalter Viktor Michel wird auf 30. Juni 1950 nach Abschluss der Staatsrechnung 1949 infolge Erreichens der Altersgrenze zurücktreten. Damit sein Nachfolger von Anfang an bei den Reorganisationsarbeiten mitwirken konnte, ist dieser vom Regierungsrat bereits am 24. Mai 1949 ernannt worden. Gewählt wurde Paul Tribolet, Experte der kantonalen Steuerverwaltung. Der formelle Amtsantritt wurde auf den 1. Januar 1950 festgesetzt.

III.

Die Staatsrechnung für das Jahr 1949 schliesst bei Fr. 10 648 635.20 Schuldentilgungen, Wiederäufnungen von im Laufe des Jahres beanspruchten Rückstellungen und verschiedenen Reservestellungen mit einem Einnahmenüberschuss der Betriebsrechnung von Fr. 518 538.17 ab.

Im Voranschlag war ein Ausgabenüberschuss von Fr. 8 064 417 vorgesehen. Das Rechnungsergebnis verzeigt somit eine Verbesserung von Fr. 8 582 955 im Vergleich zum Voranschlag.

Das reine Staatsvermögen vermehrte sich inklusive Überschuss der Rechnung der Sonderkredite um Fr. 2 765 595.42 von Fr. 39 735 048.90 auf Fr. 42 500 644.32.

Über Einzelheiten gibt der Bericht der Kantonsbuchhalterei Aufschluss.

IV.

Im Finanzwesen weist das Berichtsjahr folgende wichtigere Erlasse und Beschlüsse auf:

a) Volksbeschluss vom 26. Juni 1949 über die Aufnahme einer Anleihe von 20 Millionen Franken.
b) Dekret vom 12. Mai 1949 betreffend die Steuerteilung unter bernischen Gemeinden.
c) Dekret vom 12. Mai 1949 über die obligatorische Krankenversicherung für das Staatspersonal.
d) Dekret vom 14. November 1949 über die Gewährung von Teuerungszulagen für das Jahr 1950 an das Staatspersonal, die Lehrkräfte der Primar- und Mittelschulen, sowie an die Rentenbezüger der Hülfskasse und Lehrerversicherungskasse.
e) Grossratsbeschluss vom 14. November 1949 über die Einführung einer obligatorischen Unfallversicherung für das Staatspersonal und die Neuordnung des Unfallfonds.
f) Verordnung vom 25. Februar 1949 über die Besoldungs- und Ferienkürzungen des Staatspersonals bei Militärdienst.

V.

Noch nicht ausgeführte Motionen und Postulate:

1. Motion Schneiter betreffend Revision des kantonalen Stempelgesetzes. Infolge der sehr umfangreichen und zeitraubenden Arbeiten für die Neugestaltung des staatlichen Rechnungswesens war es leider nicht möglich, die begonnenen Vorbereitungen zur Revision des Stempelgesetzes im Berichtsjahr weiter zu fördern.
2. Postulat Zimmermann betreffend Finanzausgleich zwischen den Gemeinden, Postulat Buri betreffend Vorlage für einen wirksamen Steuerausgleich, Postulat Willemain betreffend Abänderung des Dekretes über den kantonalen Steuerausgleichsfonds. Es wird auf die Beantwortung der Einfachen Anfrage Bischoff betreffend Finanzausgleich vom 31. Januar 1950 verwiesen.
3. Postulat Felser betreffend amtliche Bewertung. Das Problem wird im Sinne der Beantwortung vor dem Grossen Rat aufmerksam verfolgt.

VI.

Jahresbericht und Jahresrechnung der bernischen Kreditkasse werden dem Grossen Rat gesondert vor gelegt. Wir führen hier nur die wichtigsten Zahlen an-

Dank der andauernd befriedigenden Wirtschaftslage mussten auch im Berichtsjahr keine neuen Darlehen gewährt werden. Der Darlehensbestand hat eine Verminderung um Fr. 408 043.80 erfahren und ist von Fr. 1 389 932.05 Ende 1948 auf Fr. 981 888.25 Ende 1949 zurückgegangen.

Der Betriebsüberschuss der Gewinn- und Verlustrechnung von Fr. 3562.40 wurde dem Reservefonds überwiesen, der auf Ende 1949 einen Bestand von Fr. 172 236.30 aufwies.

Der Kapitalbestand des Gemeindeunterstützungsfonds betrug auf Ende 1949 Fr. 1 823 952.50 gegenüber Fr. 2 055 429.95 auf Ende 1948. Die Entnahmen aus dem Fonds für Zuwendungen an Gemeinden und Diverses belaufen sich im Berichtsjahr auf Fr. 289 380.45.

VII.

Über die **Amtskautionen** und die Art, wie sie geleistet werden, gibt nachstehende Übersicht Aufschluss (Stand 31. Dezember 1949):

Kautionspflichtiges Personal	Es haben ihre Kaution geleistet durch						
	Amtsbürgschafts-Genossenschaft	Barkaution und Wertschriften	Einzelbürgschaft (Solidarbürgen)	Bankgarantie	Kautions-Versicherungspolice	Hängige Fälle	Total Kautionspflichtige
Beamte und Angestellte der Zentralverwaltung	35	—	—	—	—	—	35
Beamte der Bezirksverwaltung	86	3	—	—	—	—	89
Angestellte der Bezirksverwaltung	250	7	—	1	1	5	264
Anstaltspersonal	41	2	—	—	3	—	46
Oberwegmeister	21	—	—	1	—	—	22
Kreiskommandanten . .	6	—	—	—	—	—	6
Sektionschefs	207	4	—	1	—	6	218
Nachführungsgeometer .	28	1	—	—	1	—	30
Betreibungsgehilfen . .	147	2	1	—	—	5	155
Personal der Hypothekarkasse	54	—	—	—	—	—	54
	875	19	1	3	5	16	919
rund (in %)	95,3	2	0,1	0,4	0,5	1,7	100

B. Verwaltung

I. Direktionsbureau

Die Geschäftskontrollen weisen für das Jahr 1949 folgende Zahlen auf (Vorjahr in Klammern): Nachlassgesuche in Steuersachen 8233 (9252); Domänengeschäfte, Salzhandel und Mitberichte 2887 (3067); Entscheide über amtliche Inventaraufnahmen 2043 (2039), wobei in 34 Fällen (41) ein Inventar angeordnet wurde.

An Bezugs- und Zahlungsanweisungen wurden durch die Direktion kontrolliert und vom Direktor, von den Sekretären und dem Finanzinspektor unterzeichnet 7673 (8878).

II. Kantonsbuchhalterei

Personelles

Im Bestande des Personals der Kantonsbuchhalterei trat im Jahre 1949 keine Veränderung ein.

Visa und Rechnungsführung

Die Anzahl der geprüften und visierten Einzel- und Kollektivanweisungen der Direktionen betrug 50 619 (54 563). Auf die Betriebsrechnung entfallen 27 397 (29 889) Anweisungen und 23 222 (24 674) auf die Vermögensrechnung. Die Bezugsanweisungen erreichten im Total eine Summe von Fr. 1 113 647 540.52 (Franken 1 124 350 744.78) und die Zahlungsanweisungen eine solche von Fr. 1 106 379 230.82 (Fr. 1 122 114 669.16). Zum Vollzug durch die Amtsschaffnereien wurden aufgegeben Bezugsanweisungen im Betrage von Franken 132 869 951.98 (Fr. 173 314 154.11) und Zahlungsanweisungen von Fr. 125 601 642.28 (Fr. 171 078 078.49). Für gegenseitige Buchungen und Abrechnungen mit Dritten ohne Geldbewegung ergeben die dafür ausgestellten Anweisungen einen Gesamtbetrag von Franken 980 777 588.54 (Fr. 951 036 590.67). Wesentliche Beanstandungen des Visums und der Rechnungsführung und -legung bei der Zentralverwaltung und den Spezialverwaltungen sind nicht zu verzeichnen.

Allgemeine Kassen

Die Abwicklung über die den Amtsschaffnereien zum Vollzug aufgegebenen Bezugs- und Zahlungsanweisungen gestaltete sich wie folgt:

Bezugsanweisungen (Aktivausstände)

Ausstände vom Vorjahr	Fr. 36 969 198.60
Neue Bezugsanweisungen in 1949	» 132 869 951.98
Zusammen zu liquidieren	Fr. 169 839 150.58
Einnahmen in 1949	Fr. 127 750 845.51
Ausstand am Ende des Jahres .	» 42 088 305.07
Zusammen, wie oben	Fr. 169 839 150.58

Zahlungsanweisungen (Passivausstände)

Unvollzogene auf Ende 1948 . .	Fr. 5 700 262.29
Neue Zahlungsanweisungen in 1949	» 125 601 642.28
Zusammen zu liquidieren	Fr. 131 301 904.57
Auszahlungen in 1949.	Fr. 128 190 620.17
Unvollzogene auf Ende des Jahres	» 3 111 284.40
Zusammen, wie oben	Fr. 131 301 904.57

Auf Ende des Jahres erreichten die Ausstände der direkten Steuern die Summe von Fr. 29 286 828.81, wovon Fr. 20 743 317.72 auf die Amtsschaffnereien und Fr. 8 543 511.09 auf die Gemeinde Bern entfallen, diejenigen der eidgenössischen Steuern Fr. 18 165 358.60.

Durch die Kantonalbank und ihre Zweiganstalten sind für Rechnung der Staatskasse Zahlungen ausgeführt worden im Gesamtbetrag von Fr. 63 039 611.39, durch das Postscheckamt von Fr. 119 404 519.36.

Bilanz des Staatsvermögens

Ordentliche Rechnung

Aktiven

Forsten	Fr. 29 162 365.—
Domänen	» 94 283 164.—
Domänenkasse	» 14 337.30
Hypothekarkasse	» 30 000 000.—
Kantonalbank	» 40 000 000.—
Übertrag	Fr. 193 459 866.30

Übertrag	Fr.	193 459 866.30
Eisenbahnanlagen:		
a) Wertschriften	»	69 645 751.60
b) Vorschüsse	»	—.—
Beteiligungen und Wertschriften	»	61 034 523.—
Kassen	»	917 877.50
Aktivausstände	»	42 088 305.07
Kontokorrente	»	65 521 515.20
Mobilien-Inventar	»	16 377 795.91
Zweckgebundenes Staatsvermögen	»	59 948 319.25
Summe der Aktiven	Fr.	508 993 953.83

Passiven

Domänenkasse	Fr.	5 031 089.54
Eisenbahn-Amortisationsfonds	»	22 000 000.—
Passivausstände	»	3 111 284.40
Kontokorrente	»	146 180 052.42
Anleihen	»	281 358 500.—
Vorübergehende Geldaufnahmen	»	—.—
Summe der Passiven	Fr.	457 680 926.36
Reinvermögen	Fr.	51 313 027.47

Gegenüber dem Vorjahr haben die Aktiven der ordentlichen Rechnung um Fr. 32 061 068.70 und die Passiven um Fr. 29 295 473.28 zugenommen. An dieser Vermehrung sind zur Hauptsache beteiligt:

Aktiven. Die amtliche Höherbewertung der Forsten und Domänen gegenüber der alten Grundsteuerschatzung, die erhöhten eidgenössischen und kantonalen Steuerausstände, die Zunahme des zweckgebundenen Staatsvermögens und die Zunahme der Kontokorrentguthaben bei der Kantonalbank und beim eidgenössischen Kassen- und Rechnungswesen.

Passiven. Die Neuaufnahme eines Anleihens von Fr. 20 000 000, die Einlagen in den Eisenbahnamortisationsfonds sowie in die neu geschaffene Rückstellung für das zweckgebundene Staatsvermögen.

Der Steuerreserve sind Fr. 3 868 561.20 zugewiesen, dagegen Fr. 5 686 027.81 zur Abschreibung unerhältlicher Steuern entnommen worden. Sie hat somit eine Abnahme von Fr. 1 817 466.61 erfahren, und ihr Stand erreicht auf 31. Dezember 1949 Fr. 1 376 551.95.

Betriebsrechnung

Es betragen

die *Bruttoeinnahmen*	Fr.	290 864 652.46
die *Bruttoausgaben*	»	290 346 114.29
Überschuss der Einnahmen	Fr.	518 538.17

oder, wenn bloss die reinen Ergebnisse der einzelnen Verwaltungszweige berücksichtigt werden:

die *Reineinnahmen*	Fr.	147 256 027.89
die *Reinausgaben*	»	146 737 489.72
Überschuss der Einnahmen	Fr.	518 538.17

Veranschlagt waren

die *Reinausgaben*	Fr.	143 412 865.—
die *Reineinnahmen*	»	135 348 448.—
so dass sich ein *Überschuss der Ausgaben* ergab von	Fr.	8 064 417.—

Diesen Berechnungen gegenüber sind die

Einnahmen höher um	Fr.	11 907 579.89
Ausgaben höher um	»	3 324 624.72
so dass die Rechnung um	Fr.	8 582 955.17

günstiger abschliesst als der Voranschlag.

Rechnung der Sonderkredite

Die Rechnungen der Sonderkredite, umfassend die Spezialkredite: Ausbau der Fremdenverkehrsstrassen und den Spezialkredit für Arbeitsbeschaffung, Bodenverbesserungen und Milderung der Wohnungsnot, aufgeteilt in die Sonderkonti I und II, verzeigen in 1949 an

Gesamteinnahmen	Fr.	5 360 195.40
Gesamtausgaben	»	5 300 739.75
Einnahmenüberschuss	Fr.	59 455.65

Abschluss

Überschuss der ordentlichen Rechnung	Fr.	2 706 139.77
Überschuss der Rechnung der Sonderkredite	»	59 455.65
Überschuss gleich der Vermögensvermehrung	Fr.	2 765 595.42
Gesamtes Reinvermögen am 1. Januar 1949	Fr.	39 735 048.90
Gesamtes Reinvermögen am 31. Dezember 1949	»	42 500 644.32
Vermehrung wie hievor	Fr.	2 765 595.42

Das Reinvermögen per 31. Dezember 1949 wird wie folgt ausgewiesen:

Reinvermögen der ordentlichen Rechnung	Fr.	51 313 027.47
Schuldenüberschuss der Rechnung der Sonderkredite	»	8 812 383.15
Verbleibt ein Reinvermögen per 31. Dezember 1949 von	Fr.	42 500 644.32

Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen des Staates

(Gemäss Art. 3, Absatz 2, des Finanzgesetzes vom 3. Juli 1938)

1. **Hypothekarkasse,** § 31 des Gesetzes vom 18. Juli 1875 über die Hypothekarkasse. Für alle von der Hypothekarkasse eingegangenen Verpflichtungen haftet das Staatsvermögen im allgemeinen und das Aktivkapital der Anstalt im besonderen.
2. **Kantonalbank,** Art. 4 des Gesetzes vom 5. Juli 1942 über die Kantonalbank. Der Staat haftet für die Verbindlichkeiten der Kantonalbank.
3. **Hülfskasse für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Staatsverwaltung.** Dekret vom 9. November 1920.
   a) § 52. Der Staat übernimmt die Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen der Kasse.

b) § 67. Der Staat garantiert die Verzinsung zu 4 % des bei der Hypothekarkasse angelegten Kassenvermögens.

4. Bernische Kreditkasse. Gesetz vom 19. Oktober 1924. Art. 13. Der Staat und die beteiligten Gemeinden haften für die Verbindlichkeiten der Kreditkasse.

5. Darlehen der Kantonalbank von Bern an bernische Gemeinden mit Staatsgarantie.

a) Grossratsbeschluss vom 14. September 1932. Garantiesumme bis Fr. 1 000 000.

b) Grossratsbeschluss vom 22. November 1933. Garantiesumme ebenfalls bis Fr. 1 000 000.

III. Finanzinspektorat

Wie üblich sind während des Jahres 1949 die Inspektionen unangemeldet und wie folgt durchgeführt worden:

	Zahl der Stellen	Zahl der Inspektionen
Amtsschaffnereien	30	26
Staatsanstalten	36	32
Justizverwaltung:		
Obergericht	1	1
Verwaltungsgericht	1	1
Handelsgericht	1	1
Versicherungsgericht	1	1
Betreibungs- und Konkursämter	31	26
Richterämter	37	39
Regierungsstatthalterämter	30	27
Grundbuchämter	30	21
Andere Kassastellen der Direktionen	69	54
Total	267	229

Amtsschaffnereien

Im grossen und ganzen fielen die Inspektionen zufriedenstellend aus. Das gleiche gilt für die Passation der Monatsrechungen.

Im Hinblick auf die Reorganisation der Staatsbuchhaltung wurde im Berichtsjahr die Kontrolle der Amtsschaffnereien zum letztenmal nach dem Prinzip der konstanten Buchhaltung vorgenommen.

Staatsanstalten

Auch bei den Staatsanstalten konnten die Revisionen in normaler Weise durchgeführt werden. Wie jedes Jahr sind bei der Kontrolle der Monatsbilanzen verschiedene Feststellungen gemacht und im Verkehr mit den einzelnen Anstalten oder über die entsprechende Direktion weiterverfolgt worden.

Die Umstellung der Buchhaltung in den Staatsanstalten ist nun ganz beendet. Die grössten Anstalten verfügen zur Buchführung über automatische Saldiermaschinen «National», die mittleren Betriebe arbeiten mit einer gewöhnlichen Buchhaltungsmaschine «Continental», und in den Seminarien und Erziehungsanstalten gelangt das «Ruf»-Durchschreibeverfahren zur Anwendung. Die mit diesen Verfahren gesammelten Erfahrungen fielen in jeder Beziehung zufriedenstellend aus.

Kassastellen der Justizverwaltung sowie diverser Direktionen

Das erreichte Resultat kann als den bisherigen, normalen Erfahrungen entsprechend angesehen werden. Mit wenigen Ausnahmen haben die mit der Kassaführung betrauten Funktionäre die Weisungen des Finanzinspektorats befolgt.

Besondere Aufgaben

Wie jedes Jahr, sind unserem Inspektorat auch in der Berichtzeit Spezialarbeiten und Untersuchungen übertragen worden.

Unregelmässigkeiten

Erfreulicherweise ist für das Jahr 1949 nur ein Fall zu melden, der auf administrativem Wege seine Erledigung gefunden hat.

Personal

a) Finanzinspektorat:

Es ist keine Änderung zu verzeichnen.

b) Amtsschaffnereien

Bei den Angestellten sind einige Mutationen zu verzeichnen. Dagegen sind die Inhaber der 30 Amtsschaffnerposten des Kantons die nämlichen geblieben wie im Jahre 1948.

IV. Hülfskasse

Der Geschäftsgang der Hülfskasse hat auch im Berichtsjahr 1949 einen normalen Verlauf genommen. Verschiedene Berichtigungen in der Klasseneinreihung von Versicherten hatten vermehrte Beitragsleistungen seitens des Staates und der Versicherten an die Hülfskasse zur Folge. Eine weitere Erhöhung der Einnahmen verursachten die Vermehrung der Zahl der Versicherten, die Versicherung der ordentlichen Alterszulagen sowie der ausserordentliche Beitrag des Staates im Betrage von Fr. 500 000. Die Ausgaben verzeichnen in ihrer Gesamtheit ein weiteres Anwachsen, das in der Hauptsache auf die Zunahme der Versicherungsleistungen zurückzuführen ist. Der Bestand der Versicherten hat sich im Berichtsjahr um 153 Personen auf 4412 Versicherte erhöht. In der Eigenschaft als Spareinleger gehörten der Hülfskasse auf das Ende des Berichtsjahres 513 Personen an, was einer Zunahme gegenüber dem letztjährigen Bestand um 17 Einleger entspricht. Die aktiven Versicherten weisen einen anrechenbaren Jahresverdienst auf von Fr. 32 644 639, so dass sich gegenüber der letztjährigen Zählung eine Erhöhung um 1 631 906 Franken ergibt. Bei den Spareinlegern beziffert sich die beitragspflichtige Lohnsumme auf Fr. 2 827 399. Sie hat gegenüber dem letztjährigen Bestand um Fr. 109 745 zugenommen. Der Sparkasse für das Aushilfspersonal gehörten am Ende des Berichtsjahres 303 Einleger an, deren beitragspflichtige Besoldung sich auf Fr. 1 441 715 belief. Seit der letztjährigen Zusammenstellung ergibt sich eine Verminderung um 20 Einleger und eine solche der beitragspflichtigen Besoldung um Fr. 94 905. Die Zahl der Rentenbezüger hat im Berichtsjahr um 25 Personen zugenommen und beträgt 1441 Rentner. Gegenüber dem letztjährigen Bestand hat sich die jährliche Rentensumme um Fr. 228 374 auf Fr. 4 323 446 erhöht.

Infolge Ablaufes der Amtsdauer der Abgeordneten der Hülfskasse auf den 31. Dezember 1948 wurden im Berichtsjahr Neuwahlen durchgeführt. Mit Rücksicht auf die Zunahme der Zahl der Mitglieder und Spareinleger waren 51 Abgeordnete (bisher 44) zu wählen. Diese Wahlen fanden am 3. August 1949 bei einer Beteiligung von 41 % der Stimmberechtigten statt. Die Abgeordnetenversammlung der Hülfskasse, die am 3. Oktober 1949 zur Durchführung gelangte, hatte sich mit den ordentlichen Verhandlungsgegenständen zu befassen.

An Neueintritten hatte die Hülfskasse im Berichtsjahr 611 zu verzeichnen, wovon 478 als Mitglieder und 133 als Spareinleger. Auf Grund nochmaliger ärztlicher Überprüfungen konnten 36 Spareinleger zu den Mitgliedern übertragen werden. Der Abgang durch Austritt aus dem Staatsdienst, durch Pensionierung oder Tod beträgt 334 Personen. Der Bestand der Spareinleger weist einen Abgang von 116 Personen auf. Für die im Berichtsjahr bewilligten 9 Begehren um den Einkauf von Zusatzjahren hatten die Gesuchsteller Fr. 54 793, der Staat Fr. 68 602 und die Inselkorporation Fr. 1844 zu entrichten. Der Verwaltungskommission wurden im weitern 140 Gesuche um Ausrichtung von Kassenleistungen unterbreitet.

Die auf das Ende des Berichtsjahres nach versicherungstechnischen Grundsätzen vorgenommenen Berechnungen zur Bestimmung des erforderlichen Dekkungskapitals haben ergeben, dass dieses für die aktiven Versicherten Fr. 74 347 392 und für die Rentenbezüger Fr. 36 283 160 beträgt. Unter Berücksichtigung der Kapitalanlagen im Betrage von Fr. 64 431 285 beziffert sich das fehlende Deckungskapital auf Fr. 46 199 267. Die Deckung beläuft sich demnach auf 58,24 %, gegenüber 55,7 % im Vorjahr.

Bewegung im Bestand der Mitglieder und der Spareinleger:

Mitgliederbestand am 31. Dezember 1948 . . .	4259
Zuwachs (Neueintritte, Übertritte von den Spareinlegern und aus andern Pensionskassen, Wiedereintritte von prov. Pensionierten) . .	487
	4746
Abgang (Austritte, Pensionierungen, Todesfälle)	334
Mitgliederbestand am 31. Dezember 1949	4412
Bestand der *Spareinleger* am 31. Dezember 1948	496
Zuwachs (Neueintritte).	133
	629
Abgang (Austritte, Übertritte zu den Mitgliedern, Verstorbene)	116
Bestand der Spareinleger am 31. Dezember 1949	513

Der Bestand der Einleger in die Sparkasse des Aushilfspersonals betrug bei 109 Eintritten und 129 Austritten, wovon 69 auf Übertritte in die Hülfskasse entfallen, 303 Personen am 31. Dezember 1949 gegenüber 323 im gleichen Zeitpunkte des Vorjahres.

Im Bestande der Rentenbezüger haben sich im Berichtsjahr folgende Veränderungen ergeben:

	Invalide	Witwen	Waisen	Doppelwaisen
Bestand am 31. Dezember 1948.	685	577	119	28
Zuwachs im Berichtsjahr	65	45	8	3
	750	622	127	31
Abgang infolge Todes und Erlöschens der Rentenberechtigung	53	28	11	4
Bestand am 31. Dezember 1949	697	594	116	27
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	+ 12	+ 17	— 3	— 1

Jahresrechnung

Rentenfonds

Die Einnahmen betrugen im Berichtsjahr einschliesslich Saldo aus der Verminderung der ausstehenden Einkaufsgelder und Deckungskapitalabzüge von Fr. 16 460.25	Fr.	10 940 847.90
Die Ausgaben betrugen im Berichtsjahr	»	4 409 523.55
Der Einnahmenüberschuss beträgt	Fr.	6 531 324.35

Die Kapitalrechnung zeitigt folgendes Ergebnis:

Guthaben bei der Hypothekarkasse einschliesslich ausstehende Forderungen	Fr.	64 431 285.—
Es betrug am 31. Dezember 1948	»	57 899 960.65
Die *Kapitalvermehrung* pro 1949 beträgt somit	Fr.	6 531 324.35

Die Rechnung über die **Spareinlagen** gestaltet sich folgendermassen:

Einnahmen	Fr.	972 108.15
Ausgaben	»	247 098.—
Der Einnahmenüberschuss beträgt somit	Fr.	725 010.15

Die Kapitalrechnung weist folgende Summen auf:

Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1949	Fr.	6 181 002.—
Er betrug am 31. Dezember 1948	»	5 455 991.85
Die Kapitalvermehrung pro 1949 beträgt somit	Fr.	725 010.15

Unterstützungsfonds

Einnahmen	Fr.	19 998.55
Ausgaben	»	12 716.25
Der Einnahmenüberschuss pro 1949 beträgt somit	Fr.	7 282.30

Die Vermögensrechnung des Unterstützungsfonds zeitigt folgendes Ergebnis:

Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1949	Fr.	234 540.70
Er betrug am 31. Dezember 1948	»	227 258.40
Die Kapitalvermehrung pro 1949 beträgt somit	Fr.	7 282.30

Sparkasse des Aushilfspersonals

Einnahmen	Fr.	254 888.05
Ausgaben	»	202 747.55
Der Einnahmenüberschuss pro 1949 beträgt somit	Fr.	52 140.50

Die Kapitalrechnung weist folgende Summen auf:

Der Kapitalbestand beträgt am 31. Dezember 1949	Fr.	693 836.10
Er betrug am 31. Dezember 1948	»	641 695.60
Die Kapitalvermehrung pro 1949 beträgt somit	Fr.	52 140.50

Unterstützungsfonds für das Aushilfspersonal

Einnahmen	Fr.	59.85
Ausgaben	»	300.—
Der Ausgabenüberschuss beträgt somit	Fr.	240.15

Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1948	Fr.	2 091.45
Er beträgt am 31. Dezember 1949	»	1 851.30
Die Kapitalverminderung pro 1949 beträgt somit	Fr.	240.15

Im übrigen wird auf den ausführlichen Jahresbericht der Hülfskasse verwiesen.

V. Personalamt

Neben den ordentlichen Geschäften, die sich auf die gesamten Anstellungsverhältnisse erstreckten, hatte sich das Personalamt im Berichtsjahr mit folgenden wichtigeren Fragen zu befassen:

1. Besoldungsauszahlung

Die Zentralisation der Besoldungsauszahlungen beim Personalamt wurde auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Es wurde die Besoldungsauszahlung für weitere 1390 Personen übernommen, so dass auf Ende des Berichtsjahres die Gesamtzahl der Personen, die monatlich oder quartalsweise durch das Personalamt direkt ausbezahlt werden, ca. 3200 betrug. Durch diese neue Zentralisation der Besoldungsauszahlung konnte neuerdings die Stelle eines Rechnungsführers eingespart und einige Angestellte stark entlastet werden, so dass ihnen andere Arbeiten übertragen werden konnten. Das Personalamt hat ausserdem noch die Besoldungsauszahlungen an ca. 3000 Arbeitskräfte monatlich oder quartalsweise zu kontrollieren.

2. Krankenversicherung

Durch Dekret des Grossen Rates vom 12. Mai 1949 ist die Krankenversicherung des Staatspersonals obligatorisch erklärt worden. Der Staat übernimmt für das Personal der Heil- und Pflegeanstalten sowie von Kliniken und Spitälern die Hälfte und für das übrige Personal einen Viertel der Gesamtprämie. Durch Regierungsratsbeschluss vom 4. Oktober 1949 ist der obligatorische Beitritt zur Krankenkasse auf die Besoldungsklassen 8–20 beschränkt worden.

Leider konnten die Vorarbeiten erst im Herbst in vollem Umfang in Angriff genommen werden, da erst dann feststand, welche Krankenkassen mit der Durchführung betraut werden. Dadurch entstand eine unliebsame Verzögerung, die es verunmöglichte, die Vorbereitungen bis zum Versicherungsbeginn (1. Januar 1950) abzuschliessen. Trotzdem konnte die Krankenversicherung auf den vorgesehenen Zeitpunkt in Kraft gesetzt werden. Die Krankenversicherung wird nun durchgeführt durch die Krankenkasse für den Kanton Bern und die Krankenkasse «La Jurassienne».

3. Unfallversicherung

Am 14. November 1949 beschloss der Grosse Rat, für das Staatspersonal, das nicht bereits obligatorisch gegen Unfall versichert ist, auf 1. Januar 1950 eine Unfallversicherung einzuführen. Der Versicherungsschutz erstreckt sich sowohl auf berufliche wie ausserberufliche Unfälle. Die Versicherungsleistungen betragen im Todesfall das Zweifache, im Invaliditätsfall das Vierfache der bei der Hülfskasse versicherten Jahresbesoldung, mindestens von Fr. 5000. Die Prämie macht 3 ‰ der versicherten Besoldung aus, wobei das Personal die Hälfte zu tragen hat. Die Versicherung ist als Kollektivversicherung fünf Versicherungsgesellschaften übertragen worden.

4. Personalkommission

Die Personalkommission trat achtmal zusammen. Die wichtigsten von ihr behandelten Geschäfte betrafen das Beförderungswesen, die Kranken- und Unfallversicherung, die Weiterbildung des Personals, die Arbeitszeit, die Ferienordnung und die Lohnzahlung während Militärdienst und im Krankheitsfall.

5. Verschiedenes

Eine nicht leichte Aufgabe, die das Personalamt während des Berichtsjahres immer wieder beschäftigte, war die Schaffung von *Beförderungsrichtlinien*. Eine endgültige Lösung konnte im Berichtsjahr indessen nicht getroffen werden.

An personalrechtlichen Erlassen seien ferner erwähnt: Die Abänderungen der *Besoldungsregelung für den Krankheitsfall* (Berücksichtigung der Zahl der Dienstjahre, Regierungsratsbeschluss vom 25. Februar 1949) und bei *Militärdienst* (Verordnung vom 25. Februar 1949); Festsetzung des *Wertes der Verpflegung*, die von den Staatsanstalten an Personen ohne freie Station abgegeben wird (Regierungsratsbeschluss vom 29. April 1949), sowie der *Dienstaltersgeschenke* an das nicht fest besoldete und an das weniger als 15 % beschäftigte fest besoldete Staatspersonal (Regierungsratsbeschluss vom 19. Juli 1949).

Am 13. Dezember 1949 beschloss der Regierungsrat, dass künftig sämtliche *Stellenausschreibungen* vor ihrer Veröffentlichung der Finanzdirektion zur Stellungnahme zugestellt werden sollen.

Der Grossratsbeschluss vom 15. November 1948 betreffend *Festsetzung der Teuerungszulage für das Staatspersonal in Sonderfällen* soll für das Jahr 1950 nicht mehr erneuert werden. Die Grundlage zur Kürzung der Teuerungszulage für Personal, das eine AHV-Rente bezieht, wird damit wegfallen. Die Kürzung der Teuerungszulage für das AHV-berechtigte Personal ist zum Teil heftig angegriffen worden, und sie wurde dann von der grossrätlichen Kommission hauptsächlich wegen rechtlicher Bedenken abgelehnt.

Durch Dekret vom 13. September 1948 beschloss der Grosse Rat, die *Teuerungszulage* im Jahr 1949 in

der gleichen Höhe auszurichten wie im Jahre 1948. Erstmals seit dem Jahre 1941 wurden im Berichtsjahr keine zusätzlichen Teuerungszulagen mehr gewährt.

6. Personalbestand der Staatsverwaltung

Die Direktionen beschäftigten auf Jahresende:

	Beschäftigte (inkl. Aushilfen) Männer	Frauen	Zusammen	In Vollbeschäftigte umgerechn.
Staatskanzlei	34	1	35	34
Volkswirtschaft	195	85	280	262
Justiz	523	81	604	599
Polizei	705	85	790	788
Finanz	392	78	470	460
Erziehung	478	163	641	531
Kirchen	407	1	408	405
Bau- und Eisenbahn	595	15	610	591
Forst	282	12	294	125
Landwirtschaft	157	83	240	239
Militär	201	22	223	222
Fürsorge	113	77	190	189
Gemeinde	8	3	11	11
Sanität	551	543	1094	1093
Total	4641	1249	5890	5549

Der Vergleich gegenüber dem Vorjahr ergibt eine Vermehrung um 77 vollbeschäftigte Personen. Obwohl hierin Aushilfsstellen inbegriffen sind, die wieder abgebaut werden und auch zu berücksichtigen ist, dass einige Vermehrungen daraus resultieren, dass Stellen wiederum besetzt wurden, die Ende 1948 vakant waren, so zeigt sich doch, dass trotz allem möglichen Personalabbau und trotz aller Zurückhaltung in der Bewilligung neuer Stellen, eine Vergrösserung des Personalbestandes auch im Berichtsjahr nicht vermieden werden konnte.

An der Vermehrung gegenüber dem Vorjahr sind mit 10 und mehr Personen beteiligt: die Polizeidirektion mit 24 Personen, von denen 21 auf das Polizeikorps entfallen, die Erziehungsdirektion mit 23 Personen, die sich sämtliche auf die Hochschule und andere Lehranstalten verteilen (dabei sind allerdings auch einige Stellen inbegriffen, die von der Bundesverwaltung und aus Stiftungen besoldet werden), die Justizdirektion mit 22 Personen, die zum überwiegenden Teil auf den Bezirksverwaltungen nötig wurden (12 hievon auf den Betreibungsämtern; ferner wurden 5 Lehrlinge mehr eingestellt), die Volkswirtschaftsdirektion, wo trotz verschiedenen Abbaumassnahmen wegen der Personalvermehrung des Versicherungsamtes um 19 Personen ein Zuwachs des Personalbestandes der Direktion um 15 Personen zu verzeichnen ist, und die Militärdirektion mit 10 Personen, die in den Werkstätten des Kommissariates mehr benötigt wurden.

Im Februar des Berichtsjahres wurden die Direktionen aufgefordert, über die Gründe zu berichten, die in der Zeit von 1939–1949 eine *Personalvermehrung* um mehr als 1200 Personen verursacht haben. Zusammenfassend ergaben sich folgende Gründe für die Personalvermehrung:

1. Die Bevölkerungsvermehrung um ca. 66 000 Personen hatte eine gesteigerte Geschäftslast der gesamten Verwaltung zur Folge. Sie wirkte sich aber auch auf Seelsorge und Erziehung durch die Notwendigkeit neuer Stellen aus.

2. Die Bundesgesetzgebung brachte den Kantonen zunehmende Arbeit. Das war der Fall auf dem Gebiet des Steuerwesens und der Kriegswirtschaft, die auch heute noch nicht in allen Teilen wieder verschwunden ist (Mietzins- und Preiskontrolle); sie ergab sich des weitern aus der Einführung des neuen Strafgesetzbuches, der Erweiterung der Militärdienstpflicht, der Einführung der AHV usw.

3. Die Arbeitsverhältnisse für Teile des Personals wurden durch Arbeitszeitverkürzung und Einführung des Externates beim Pflegepersonal verbessert. Personalvermehrungen waren die unausbleibliche Folge.

4. An der Hochschule sind es die zunehmende Verbreiterung und Spezialisierung der Wissenschaften, die zu einem steten Zuwachs des Lehrkörpers und des Hilfspersonals führen.

Fünf Direktionen weisen seit 1939 eine Vermehrung um mehr als 100 Personen auf. Es waren dies:

a) Die Sanitätsdirektion, deren Anstalten wegen der grössern Patientenzahl, dem Ausbau des ärztlichen Dienstes, der Arbeitszeitverkürzung für das Pflegepersonal und der Einführung des Externates ca. 250 Angestellte mehr benötigten.

b) Die Personalvermehrung der Finanzdirektion (173 Personen) ist fast vollständig auf den Ausbau der Steuerverwaltung infolge des neuen Steuergesetzes zurückzuführen. Ganze Abteilungen mussten neu geschaffen werden. Neue Aufgaben ergaben sich auch durch das Finanzrecht des Bundes.

c) Bei der Polizeidirektion (Vermehrung 169 Personen) entfällt die grösste Zunahme auf das Polizeikorps. Diese wurde nötig durch die Zunahme des Motorfahrzeugverkehrs, den Ausbau der Kriminalpolizei und die allgemein gestiegenen Aufgaben. Die Zunahme des Verkehrs wirkte sich auch auf dem Passbüro und der Fremdenkontrolle sowie auf dem Strassenverkehrsamt in Personalvermehrungen aus. Eine weitere Erhöhung des Personalbestandes brachte die Einführung des Strafgesetzbuches (Strafkontrolle, Schutzaufsichtsamt).

d) Die Erziehungsdirektion weist eine Erhöhung um 161 Personen auf. Mehr als die Hälfte dieser Vermehrung entfällt auf die Hochschule und die zu ihr gehörenden Kliniken und Institute. Die übrige Personalvermehrung erfolgte zur Hauptsache an den Seminarien und ist auf die Verdoppelung der Schülerzahlen zurückzuführen. Die Verstaatlichung des Haushaltungslehrerinnenseminars brachte ebenfalls eine Vermehrung der staatlichen Lehrkräfte.

e) Eine Vermehrung um über 100 Personen weist auch die Volkswirtschaftsdirektion auf (113 Personen). Der grösste Teil entfällt hier auf das neu geschaffene Versicherungsamt. Eine grössere Zahl von Stellen musste auch auf der Handels- und Gewerbekammer zur Durchführung der Preis- und Mietzinskontrolle bewilligt werden.

VI. Steuerwesen

A. Zentralverwaltung

1. *Amtliche Bewertung der Grundstücke und Wasserkräfte.* Mit Ausnahme einer einzigen Gemeinde, in der wegen einer Güterzusammenlegung besondere Verhältnisse vorliegen, wurden im Berichtsjahr die neuen amtlichen Werte in allen Gemeinden eröffnet. Von rund 150 000 Grundeigentümern wurden 3381 Rekurse 2,25 %) eingereicht, von denen rund drei Viertel auf Herabsetzung und ein Viertel auf Erhöhung der amtlichen Werte lauteten. Die Steuerverwaltung hat ihrerseits in 204 Fällen Staatsrekurs erhoben. Bis Jahresende sind von den insgesamt 3585 Rekursen 2645 überprüft und an die kantonale Rekurskommission weitergeleitet worden. Die Rekurskommission hat im Berichtsjahr schon 2019 Rekurse entschieden. Beim Verwaltungsgericht wurden 4 Beschwerden eingereicht.

Berichtigungen nach den Art. 100, 111 und 113 StG sind insgesamt 1196 vorgenommen worden. — Über die Kosten der amtlichen Bewertung wurde bis Jahresende mit 68 Gemeinden abgerechnet.

Die Hauptrevision kann mit Ausnahme der noch hängigen Rekurse und der Abrechnung mit den Gemeinden im grossen ganzen als abgeschlossen gelten. Der in Aussicht gestellte Bericht über die Durchführung der Bewertung und über die statistische Ausmittlung der Ergebnisse wird später vorgelegt werden.

2. *Die Abteilung für Steuernachlassgesuche* verzeichnete auf Anfang des Jahres einen Rückstand von 4797 Gesuchen. Neu eingegangen sind im Berichtsjahre 9716 (16 104) Gesuche und zwar 2287 (5191) für die Wehrsteuer und das Wehropfer und 7429 (10 913) für die Staatssteuern, wovon 3552 (5162) den Kreis Bern-Stadt und 3877 (5750) den ganzen übrigen Kanton betreffen. Von den total 14 513 (18 202) Gesuchen wurden 13 691 (13 405) erledigt, so dass der Rückstand des Vorjahres fast aufgearbeitet werden konnte; unerledigt blieben nur 822 Gesuche. — Für die Steuerjahre 1945 bis 1949 wurde ein Totalbetrag von Fr. 434 645.05 (394 166.70) an Staatssteuern erlassen. Ausser den Erlassgesuchen wurde noch eine grosse Zahl von Stundungs- und Rückerstattungsgesuchen behandelt.

3. *Meldungen für die AHV und die Krankenkassen.* Für die Veranlagungsperiode 1947/48 sind von 111 Ausgleichskassen 80 267 Meldeformulare über das Einkommen selbständig Erwerbender und nicht erwerbstätiger Beitragspflichtiger eingegangen; die Meldungen wurden vollständig erledigt. Ferner mussten 2591 Vernehmlassungen an Kassen oder Gerichte behandelt werden. — Das Gesetz über die Krankenversicherung vom 26. Oktober 1947 brachte der Steuerverwaltung neuerdings eine erhebliche Mehrarbeit. Unsere Veranlagungsbehörden müssen anhand der Steuerakten die Erhebungsformulare über den Anspruch auf einen Staatsbeitrag ausfüllen. Im Berichtsjahr sind 13 131 Formulare behandelt worden. — Diese Meldungen für die AHV und die Krankenkassen beschäftigen 30 Mann während 3 Monaten und zudem sind 5 Mann das ganze Jahr hindurch mit den Vernehmlassungen und Korrespondenzen voll beansprucht. Es ist dies ein typisches Beispiel dafür, wie Personalabbau und Einsparungen durch Übertragung neuer Aufgaben verhindert werden. — Für die AHV-Meldungen wurde dem Kanton ein Betrag von Fr. 139 218 vergütet.

B. Einkommen- und Vermögensteuer natürlicher Personen

Im Jahre 1949 fand die dritte Veranlagung unter neuem Recht statt. Die Zahl der eingeschätzten Steuerpflichtigen betrug 332 641. Dank der Hochkonjunktur in der Bemessungsperiode (1947/48) ergab sich eine starke Erhöhung der Einkommensteuern, während die Vermögenssteuern nur eine kleine Zunahme aufweisen. Der Vergleich mit der Staatsrechnung 1948 und dem Voranschlag gibt folgendes Bild [1]):

[1]) Die Zahlen der Rechnung 1948 können zufolge der Umstellung der Staatsbuchhaltung nicht mit den im Budget 1950 für das Rechnungsjahr 1948 eingesetzten Zahlen verglichen werden.

	Rechnung 1948	Budget 1949	Rechnung 1949	+ oder — gegenüber Rechnung 1948	+ oder — gegenüber Budget 1949
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Einkommen . . .	61 896 791.43	69 700 000.—	73 671 876.89	+11 775 085.46	+ 3 971 876.89
Vermögen	11 082 639.35	10 550 000.—	12 050 154.25	+ 967 514.90	+ 1 500 154.25
Total	72 979 430.78	80 250 000.—	85 722 031.14	+12 742 600.36	+ 5 472 031.14

Rechnet man zu dieser Hauptsteuer noch die übrigen direkten Steuern hinzu (juristische Personen, Vermögensgewinnsteuer sowie Nach- und Strafsteuern), so beläuft sich für 1949 die *gesamte Bruttosteuereinnahme* auf Fr. 110 740 866.71. Gegenüber den Bruttosteuerbeträgen des Voranschlages von Fr. 103 858 000 ergibt

dies eine Mehreinnahme von Fr. 6 882 866.71, gegenüber der Rechnung 1948 gar von Fr. 15 987 878.28.

Die Kosten für *Verwaltung, Veranlagung und Bezug* belaufen sich 1949 auf Fr. 6 418 115.81 und bleiben damit um Fr. 792 469.19 unter dem Voranschlag und um Fr. 319 355.12 unter der Rechnung 1948. Neben den Besoldungen bilden die Bezugsprovisionen der Gemeinden mit Fr. 2 532 915 (2 281 631) und die Kosten für die amtliche Bewertung mit Fr. 620 733 (1 204 994) die Hauptausgabeposten.

C. Steuern der juristischen Personen

Von den 7758 (7519) steuerpflichtigen juristischen Personen betrafen 2175 (2027) Aktiengesellschaften und G. m. b. H., 2035 (1955) Genossenschaften und 3548 (3537) übrige juristische Personen.

Neugründungen erfolgten im Berichtsjahre 649 (302); liquidiert haben 284 (140) juristische Personen und fusioniert 3 (1). Interkantonale Steuerteilungen wurden 570 (483) vorgenommen.

1. Erwerbsgesellschaften und Genossenschaften

Gewinnsteuer (Reinertrag)	Fr.	15 003 834.70
Kapitalsteuer (Reinertrag)	»	3 859 920.25
Zusammen	Fr.	18 863 754.95
Voranschlag	»	16 500 000.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	2 363 754.95
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	»	3 359 960.95

2. Holdinggesellschaften

Holdingsteuer (Reinertrag)	Fr.	20 411.50
Voranschlag	»	18 000.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	2 411.50
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	»	433.—

3. Selbsthilfegenossenschaften

Ertragsteuer (Reinertrag)	Fr.	711 939.95
Vermögensteuer (Reinertrag) . . .	»	537 860.45
Zusammen	Fr.	1 249 800.40
Voranschlag	»	1 200 000.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	49 800.40
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	»	42 997.50

4. Übrige juristische Personen

Einkommensteuer (Reinertrag) .	Fr.	857 712.55
Vermögensteuer (Reinertrag) . .	»	649 097.70
Zusammen	Fr.	1 506 810.25
Voranschlag	»	1 700 000.—
Minderertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	193 189.75
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr	»	92 584.60

Die Abteilung für juristische Personen hat im Veranlagungsverfahren 1045 (1810) Bücheruntersuchungen vorgenommen und 97 Erlassgesuche behandelt. Für die Steuerverwaltung und für zahlreiche Abteilungen anderer Direktionen wurden am Adressograph 390 300 Adressen gedruckt.

D. Vermögensgewinnsteuer

Der *Reinertrag* der Vermögensgewinnsteuer belief sich auf Fr. 2 540 628.12, was gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von Fr. 40 628.12 ausmacht und gegenüber dem Vorjahr eine Mindereinnahme von Fr. 71 252.78.

Die Zahl der Veranlagungen ist mit 3905 gegenüber dem Vorjahr (4963) wesentlich zurückgegangen. Einsprachen waren 480 (573) zu erledigen; 51 wurden an die Rekurskommission weitergezogen, Beschwerden an das Verwaltungsgericht 10 eingereicht. — Erlassgesuche waren vom Vorjahr 32 unerledigt, neu sind 226 (326) eingegangen; 239 wurden erledigt, 19 sind noch hängig.

E. Nach- und Strafsteuern

Der *Reinertrag* beziffert sich auf Fr. 837 430.35 und ist damit um Fr. 73 430.35 höher als der Voranschlag und Fr. 5724.35 höher als der Reinertrag 1948.

Behandelt wurden 3548 (3302) Fälle in bezug auf die kantonalen Steuern, die Wehropfer I und II sowie die eidgenössischen und kantonalen Wehrsteuern der Perioden I bis IV. Nach- und Strafsteuern mussten festgesetzt werden: Für die Staatssteuern in 762 (554) Fällen, Wehropfer 397 (527), eidgenössische und kantonale Wehrsteuer 913 (684), total 2072 (1765) Fälle; alle übrigen Fälle wurden als richtig versteuert abgeschrieben.

Für die kantonalen Nach- und Strafsteuern wurden 97 (128) Gesuche um Herabsetzung eingereicht; ganz oder teilweise entsprochen wurde in 63 (82) Fällen, während 34 (46) abgewiesen wurden. An die Rekurskommission wurden 11 kantonale und 11 eidgenössische Fälle weitergezogen.

F. Erbschafts- und Schenkungssteuer

Der *Reinertrag* beläuft sich auf Fr. 4 002 042.34, was gegenüber dem Voranschlag einen Mehrbetrag von Fr. 97 042.34 und gegenüber dem Vorjahr einen Minderbetrag von Fr. 719 809.71 ausmacht. An *Gemeindeanteilen* wurden Fr. 1 011 835.50 (Fr. 1 198 221.30) ausgerichtet. Die Verrechnung mit den Handänderungsabgaben (Art. 12 des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes) betrug in 889 Fällen Fr. 312 786.75 (Fr. 363 920.45).

Behandelt wurden 8953 (8989) Fälle. Von den abgabepflichtigen Fällen von total 2856 (2892) ergaben

42 (66) Fälle eine Steuer im Einzelfall von mehr als Fr. 15 000.

Erbschaftssteuerprozesse vor Verwaltungsgericht sind 19 (25) geführt worden, vor Bundesgericht 2 (2). — An *Rückerstattungsverfügungen* wurden 228 (219) mit einer Abgabesumme von Fr. 262 299.80 (Fr. 153 703.65) erledigt. — *Gesuchsanträge* wurden 201 (228) gestellt. — *Bussenanfälle* gelangten 19 (19) zur Erledigung.

G. Kantonale Wehrsteuer

I. Periode (1942): Total Eingang bis 31. Dez. 1949 Fr. 7 067 474.47. Eingang im Jahr 1949 Fr. 22 942.72; Ausstand auf Ende 1949 Fr. 13 124.21.

II. Periode (1943/44): Total Eingang bis 31. Dezember 1949 Fr. 20 610 370.38; Eingang im Jahre 1949 Fr. 43 336.74; Ausstand auf Ende 1949 Fr. 128 638.01.

H. Eidgenössische Steuern

1. Eidgenössische Wehrsteuer

I. Periode (1941/42): Total Eingang bis 31. Dezember 1949 Fr. 31 755 455.98; Anteil des Kantons (32,5 %) Fr. 10 320 523.18; Eingang im Jahre 1949 Fr. 118 906.46; Ausstand auf Ende 1949 Fr. 44 617.68.

II. Periode (1943/44): Total Eingang bis 31. Dezember 1949 Fr. 51 089 893.54; Anteil des Kantons (30 %) Fr. 15 326 968.09; Eingang im Jahre 1949 Franken 180 727.45; Ausstand auf Ende 1949 Fr. 201 480.62.

III. Periode (1945/46): Total Eingang bis 31. Dezember 1949 Fr. 51 583 719.53 (keine Vermögenssteuer inbegriffen, weil Wehropfer erhoben). Anteil des Kantons (30 %) Fr. 15 475 115.86; Eingang im Jahre 1949 Fr. 707 987.10; Ausstand auf Ende 1949 Fr. 389 533.54.

IV. Periode (1947/48): Total Eingang bis 31. Dezember 1949 Fr. 77 228 978.53. (Für das Jahr 1947 wurde keine Vermögenssteuer erhoben, da noch die III. Rate des neuen Wehropfers zu entrichten war.) Anteil des Kantons (30 %) Fr. 23 168 693.56; Eingang im Jahre 1949 Franken 5 428 446.25; Ausstand auf Ende 1949 Franken 2 107 658.33.

V. Periode (1949/50): Die Eröffnungen wurden den Steuerpflichtigen erst auf den 15. März 1950 zugestellt.

2. Eidgenössisches Wehropfer

I. Wehropfer (1940—1942): Total Eingang bis 31. Dezember 1949 Fr. 93 079 108.24; Anteil des Kantons (10 %) Fr. 9 307 910.78; Eingang im Jahre 1949 Fr. 51 581.55; Ausstand auf Ende 1949 Fr. 29 177.69.

II. Wehropfer (1945—1947): Total Eingang bis 31. Dezember 1949 Fr. 119 363 968.63; Anteil des Kantons (10 %) Fr. 11 936 396.89; Eingang im Jahre 1949 Fr. 516 448.67; Ausstand auf Ende 1949 Franken 241 056.69.

J. Eidg. Verrechnungssteuer

1. Verrechnungssteuer

a) Ordentliches Verrechnungsverfahren: Der im Berichtsjahr ermittelte Verrechnungssteuerbetrag von total Fr. 21 266 483.60 (Fr. 12 644 759.30) verteilt sich auf 124 900 (113 633) Gutschriften, wovon Fr. 20 972 951.30 durch die Gemeinden mit den Staats- und Gemeindesteuern verrechnet und Fr. 293 532.30 den Berechtigten direkt zurückerstattet wurden. Einspracheentscheide und Abänderungsverfügungen wurden 7509 (650) ausgefertigt.

b) Vorzeitiges Verrechnungsverfahren: Die vorzeitig behandelten Anträge auf Verrechnung oder Rückerstattung der im Jahre 1949 abgezogenen Verrechnungssteuer setzen sich wie folgt zusammen:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge
Erbschaften	417	Fr. 53 397.40
Lotteriegewinne . .	544	» 137 273.50
Härtefälle	8	» 2 731.35
Übrige.	18	» 21 077.60
Total	987 (927)	Fr. 214 479.85

c) Beschleunigtes Verrechnungsverfahren: Für in den Jahren 1944 bis 1948 abgezogene Verrechnungssteuerbeträge wurden insgesamt 1841 (940) Rückerstattungsanträge beschleunigt behandelt, und zwar:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge
Erbschaften	1179	Fr. 465 872.35
Lotteriegewinne . .	507	» 114 639.60
Härtefälle	12	» 2 685.95
Übrige.	143	» 165 612.60
Total	1841 (940)	Fr. 748 810.50

2. Wertschriftenbewertung

Es wurden 3055 (825) Steuerwerte von nicht kotierten Wertschriften ermittelt, nämlich 2024 (711) von Aktien und 1031 (114) von Anteilen bernischer Aktiengesellschaften, G. m. b. H. und Genossenschaften. In 43 (508) Einsprachefällen mussten zu beanstandeten Bewertungen Vernehmlassungen ausgearbeitet werden.

K. Gemeindesteuerwesen

Teilungspläne: Die Abteilung für das Gemeindesteuerwesen hatte 4052 (4902) Pläne für natürliche Personen und 341 (376) für juristische Personen zu erstellen. Einsprachen gegen diese Teilungspläne sind 12 (27) eingelangt, von denen 7 (3) durch das Verwaltungsgericht entschieden wurden; 5 davon betreffen die BKW-Teilung.

Kantonaler Steuerausgleichsfonds: Um einen ordentlichen Beitrag bewarben sich 170 (160) Gemeinden; 123 (115) davon erhielten Beiträge im Totalbetrag von Fr. 534 777 (Fr. 627 811). Ausserordentliche Beiträge

erhielten 8 Gemeinden mit total Fr. 33 800. — Auf Jahresbeginn belief sich der Ausgleichsfonds auf Fr. 2 353 938.95; im Berichtsjahre gingen ein: an Gemeindesteuern von Banken und Sparkassen Franken 1 393 699.87 und als Zuschuss des Staates Fr. 1 200 000. Der Stand des Fonds auf Jahresende beträgt Fr. 4 426 820.57. — Aus dem *Sonderfonds* des Regierungsrates wurden die oben erwähnten Fr. 33 800 ausgerichtet; der Stand des Sonderfonds auf Jahresende beträgt Fr. 548 441.30.

L. Stempelabgabe

1. Kantonale Stempelsteuer

	Voranschlag pro 1949	Roherträgnisse pro 1949	Roherträgnisse pro 1948
Stempelpapier	Fr. 130 000.—	Fr. 145 884.20	Fr. 146 624.45
Stempelmarken	» 1 450 000.—	» 1 464 412.45	» 1 580 269.60
Spielkartenstempel	» 40 000.—	» 67 834.—	» 62 848.50
Total Rohertrag	Fr. 1 620 000.—	Fr. 1 678 130.65	Fr. 1 789 742.55
Hievon gehen ab:			
Ausgaben für Papier und Druckkosten, Provisionen der Stempelbezüger und Verwaltungskosten	» 152 468.—	» 145 083.87	» 158 771.—
Reinertrag	Fr. 1 467 532.—	Fr. 1 533 046.78	Fr. 1 630 971.55

Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 65 514.78
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 97 924.77

2. Eidgenössische Stempel- und Couponsteuer. Anteil des Kantons

	Reinertrag pro 1949	Reinertrag pro 1948
Anteil am Ertrag	Fr. 3 033 606.65	Fr. 3 345 221.20
Veranschlagt waren	» 3 200 000.—	
Minderertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 166 393.35	
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 311 614.55	

Die *eidgenössischen Stempelabgaben* haben dem Bund im Berichtsjahr einen Rohertrag von rund Franken 89 568 000 eingebracht, gegenüber Fr. 98 750 000 im Vorjahr. Der Rückgang von Fr. 9 182 000 ist hauptsächlich auf die verminderte Ausgabe von Obligationen und Aktien zurückzuführen. — Vom gesamten Reinergebnis von Fr. 88 644 145 wurden 20 % an die Kantone verteilt, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung.

3. Kantonale Billetsteuer

	Voranschlag 1949	Rechnung 1949	Rechnung 1948
Rohertrag	Fr. 500 000	Fr. 735 555.26	Fr. 630 177.14
Wovon abgehen:			
Beiträge zur Förderung von Kunst und Wissenschaft (s. Rubr. VI. G. der Erziehungsdirektion) und Druckkosten	» 398 500	» 410 368.50	» 348 793.70
Reinertrag	Fr. 101 500	Fr. 325 186.76	Fr. 281 383.44

Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 223 686.76
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 43 803.32

Am günstigen Ergebnis der Billetsteuern hat die KABA, kantonale Ausstellung in Thun, mit Fr. 116 822 Anteil.

M. Gebühren

	Voranschlag pro 1949	Reinerträgnisse pro 1949	pro 1948
Handänderungs- und Pfandrechtsabgaben	Fr. 3 500 000.—	Fr. 3 501 481.27	Fr. 3 785 489.88
Fixe Gebühren der Amtsschreiber	» 350 000.—	» 434 085.—	» 427 375.—
Gebühren der Regierungsstatthalterämter	» 500 000.—	» 579 462.85	» 565 720.20
Gebühren der Gerichtsschreibereien	» 260 000.—	» 308 883.55	» 322 458.30
Gebühren der Betreibungs- und Konkursämter	» 800 000.—	» 1 357 222.40	» 1 043 407.15
Staatskanzlei	» 140 000.—	» 237 870.85	» 204 945.65
Obergericht	» 45 000.—	» 59 600.—	» 67 950.—
Verwaltungsgericht	» 4 000.—	» 8 640.—	» 8 170.—
Handelsgericht	» 10 000.—	» 23 000.—	» 22 600.—
Anwaltskammer	» 500.—	» —	» 1 415.—
Versicherungsgericht	» 500.—	» 950.—	» 1 100.—
Polizeidirektion	» 650 000.—	» 1 033 826.85	» 1 010 388.—
Markt- und Hausierpatente	» 140 000.—	» 178 068.—	» 158 692.50
Patenttaxen der Handelsreisenden	» 230 000.—	» 329 377.—	» 288 266.40
Gebühren für Radfahrerbewilligungen	» 535 000.—	» 582 720.15	» 540 151.75
Anteil an den Autogebühren	» 300 000.—	» 447 701.99	» 394 145.56
Gebühren der Lichtspielkontrolle	» 20 000.—	» 27 213.80	» 24 250.—
Gewerbescheingebühren	» 30 000.—	» 37 350.—	» 34 610.—
Handels- und Gewerbekammer	» 60 000.—	» 58 800.—	» 63 180.—
Gebühren von Ausverkäufen	» 10 000.—	» 66 510.71	» 40 501.41
Gebühren der Liegenschaftsvermittler	» 100.—	» 8 355.20	» 133.30
Gebühren aus Weinhandelsbewilligungen	» 100.—	» 311.—	» 832.—
Finanzdirektion	» 100.—	» 350.—	» 410.—
Rekurskommission	» 10 000.—	» 50 787.75	» 17 765.40
Konzessionsgebühren	» 2 000.—	» 1 887.72	» 1 969.25
Sanitätsdirektion	» 5 000.—	» 8 080.—	» 7 630.—
	Fr. 7 602 300.—	Fr. 9 342 536.09	Fr. 9 033 556.75

Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag . . . . . Fr. 1 740 236.09

Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr . . . . . Fr. 308 979.34

Der bedeutende Mehrertrag betrifft weitaus die meisten Rubriken, vor allen die Gebühren der Betreibungs- und Konkursämter. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um Fr. 313 815.25 gestiegen, infolge der Zunahme der Betreibungen und der Konkurse. — An Zahlungsbefehlen sind im Berichtsjahr 173 625 (Vorjahr 144 021) ergangen.

Mindereinnahmen verzeichnen namentlich die Handänderungs- und Pfandrechtsabgaben, welche einen um rund Fr. 284 000 niedrigern Ertrag gegenüber dem Vorjahr aufweisen. Die Ursache liegt in der Abnahme des Liegenschaftsverkehrs.

VII. Statistisches Bureau

Im Laufe des Berichtsjahres hat sich das Statistische Bureau u. a. mit folgenden Arbeiten befasst:

1. Schätzung des Bevölkerungsstandes. Auf Grund der Zählung der schulpflichtigen Kinder und der Zahl der Stimmberechtigten wurde der Bevölkerungsstand errechnet.

Nach diesen Berechnungen betrug der Bestand an:

Jahr	Personen bis und mit dem 17. Altersjahr	Personen von 18 und mehr Jahren	Gesamtbevölkerung
1926	223 700	452 700	676 400
1930 [1]) . . .	217 195	471 579	688 774
1935	214 900	509 300	724 200
1940	200 700	526 000	726 700
1941 [1]) . . .	197 904	531 012	728 916
1945	198 100	558 700	756 800
1946	198 400	563 000	761 400
1947	204 800	581 200	786 000
1948	210 800	582 500	793 300
1949 (prov.) .	212 900	587 500	800 400

[1]) Zählung.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung ergab für den Kanton Bern eine recht ansehnliche Geburtenzahl. Seit 1946 hat sich jedoch eine rückläufige Entwicklung eingestellt, so dass die Zahl der Lebendgeborenen heute 763 Einheiten kleiner ist als zur Zeit des Höchststandes der Geburtenfrequenz.

Die Sterblichkeitsziffer zeigte für das Jahr 1949 einen verhältnismässig niedrigen Bestand, so dass trotz der reduzierten Geburtenziffer der Geburtenüberschuss mit 7387 Einheiten hoch blieb. Der Bevölkerungsstand hat die 800 000-Grenze überschritten; wir berechneten die Zunahme im Bevölkerungsstand auf 7100 Personen. Die Vermehrung im Bevölkerungsstand blieb jedoch gegenüber dem Ergebnis der natürlichen Bevölkerungsbewegung, dem Geburtenüberschuss, mit 287 Personen zurück, was darauf hindeutet, dass im Berichtsjahr eine entsprechend grössere Bevölkerungsmasse aus dem Kanton Bern wegwanderte, als die Zuwanderung betrug.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung lieferte folgende Ergebnisse:

Jahr	Lebendgeborene	Sterbefälle	Geburtenüberschuss	Wanderungssaldo
1927—1930 .	49 042	31 551	17 491	— 5 117
1931—1935 .	57 361	39 129	18 232	17 194
1936—1940 .	54 612	38 936	14 776	— 12 276
1941—1945 .	72 614	40 605	32 009	— 1 909
1946	16 331	8 291	8 040	— 3 691
1947	16 153	8 587	7 566	17 034
1948	15 989	8 281	7 708	— 408
1949 prov. .	15 568	8 181	7 387	— 287

2. Die Erhebung über den Beschäftigungsgrad ist weitergeführt worden. An der Berichterstattung im Baugewerbe wirken über 100, in der Industrie rund 380 Firmen mit, die gegen 50 % des dem Fabrikgesetz unterstellten Personals beschäftigen. Die Berichterstatter verteilen sich auf alle Zweige und Landesteile, so dass das Gesamtergebnis als repräsentativ angesprochen werden kann. Für die Berechnung eines Durchschnittes werden die Angaben nach der Bedeutung der einzelnen Zweige für die bernische Volkswirtschaft berücksichtigt. Für die Indexberechnung ist der Jahresdurchschnitt 1944 = 100 gesetzt. Danach betrug der Beschäftigungsstand je auf Ende des Quartals:

Betriebszweige	Gewichtung	1949 Quartale I	II	III	IV	1950 I. Quartal
Textilindustrie	6	135	134	133	134	135
Kleidung, Ausrüstung, Schuhe	9	130	121	118	119	118
Nahrung, Genussmittel	12	102	103	108	116	104
Chemische Industrie	2	120	127	123	114	111
Papier, Leder, Kautschuk	3	116	114	113	117	115
Graphisches Gewerbe	5	139	140	140	137	136
Holzbearbeitung	9	121	124	114	114	114
Maschinen, Apparate, Metalle	21	147	143	132	127	131
Uhren, Bijouterie	15	111	110	107	103	102
Steine und Erden	3	94	94	94	94	92
Alle Industrien, gewogen	85	124,8	123,2	119,1	118,2	117,1
Baugewerbe	15	128	147	141	104	114
gewogener Gesamtindex	100	125,3	126,8	122,4	116,1	116,6
» » 1948	.	133,6	138,3	137,6	127,7	
» » 1947	.	128,5	133,7	137,9	130,2	
» » 1946	.	115,6	121,9	127,9	128,0	
» » 1945	.	102,4	110,2	112,4	113,1	
» » 1944	.	101,2	100,2	94,2	104,4	

Im Jahresdurchschnitt stellte sich der Beschäftigungsindex im Baugewerbe auf 130 Punkte gegenüber 155 im Vorjahr. Der Index der Beschäftigung in den Industrien, welcher im Vorjahr im Jahresdurchschnitt 131 betrug, sank auf 121. Es ist demnach eine stark rückläufige Beschäftigungsintensität eingetreten; sie steht aber noch merkbar über dem Basisjahr 1944, welches einen ähnlichen Beschäftigungsstand aufwies, wie die Jahre unmittelbar vor dem Weltkrieg.

3. Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe der staatlichen Anstalten des Kantons Bern. Die 1929 begonnene Untersuchung über die Veränderung der Lage der Landwirtschaft anhand der Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe öffentlich-rechtlicher Unternehmungen wurde weitergeführt. Nachstehend lassen wir die Hauptergebnisse der Betriebe des bernischen Staates folgen:

a) Umfang der Untersuchung

Jahr	Zahl der Betriebe	Kulturfläche in ha Total	davon Wald
1929/30 . .	19	2424	84
1931/35 . .	19	2472	88
1936/40 . .	19	2520	96
1941/45 . .	19	2577	134
1946 . . .	19	2610	157
1947 . . .	20	2661	148
1948 . . .	20	2659	148
1949 . . .	20	2661	147

Die Zahl der Betriebe ist gleich geblieben, und auch die Kulturfläche weist keine merkbare Veränderung auf.

b) Erträge, Aufwand und «Überschuss». Die Staatsbetriebe lieferten folgende Ergebnisse je Jahr:

Jahr	Erträge Fr.	Aufwand Fr.	„Überschuss" Fr.
	aa) absolut:		
1929/30.	2 849 703	1 995 447	854 256
1931/35.	2 338 911	1 945 259	393 652
1936/40.	2 639 123	1 966 090	673 033
1941/45.	4 455 474	2 461 542	1 993 932
1946 . .	4 668 347	2 929 182	1 739 165
1947 . .	4 805 630	3 449 726	1 355 904
1948 . .	4 821 086	3 509 132	1 311 954
1949 . .	4 744 948	3 547 994	1 196 954
	bb) je Hektar Kulturfläche:		
1929/30.	1176	823	353
1931/35.	946	787	159
1936/40.	1047	780	267
1941/45.	1729	955	774
1946 . .	1789	1122	666
1947 . .	1806	1297	509
1948 . .	1814	1320	494
1949 . .	1783	1333	450

Der Geldrohertrag ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 31.— per Hektar gesunken als Folge verminderter Naturalerträge. Trotzdem ist neuerdings eine Aufwandssteigerung zu verzeichnen, so dass der «Überschuss» weiterhin um Fr. 44.— per Hektar gesunken ist und nunmehr noch Fr. 450.— je Hektar ausmacht.

Unter den einzelnen Betriebszweigen zeigt die Rindviehhaltung nochmals verbesserte *Endroherträge*, die sich namentlich in der Erhöhung der Gelderträge aus der Milchproduktion abzeichnen. Die Schweinehaltung und der übrige Tierbestand (Pferde, Geflügel usw.) weisen verbesserte Ertragsziffern auf, während der Ertrag aus Produktenverkauf sich auf dem im letzten Jahr verminderten Niveau hielt.

Die einzelnen Betriebszweige lieferten folgende Endroherträge:

Jahr	Rindviehhaltung Tiere Fr.	Rindviehhaltung Milch Fr.	Schweinehaltung Fr.	Übriger Tierbestand (Pferde, Geflügel usw.) Fr.	Landwirtschaftliche Produkte Fr.	Verschiedenes Fr.
			aa) absolut:			
1929/30	372 051	627 924	500 349	49 226	1 141 242	158 911
1931/35	194 971	593 960	314 893	50 579	1 015 346	169 162
1936/40	327 217	563 999	339 814	78 411	1 172 142	157 540
1941/45	514 628	683 250	474 529	192 303	2 539 399	51 365
1946	531 796	770 587	646 133	204 894	2 455 230	59 707
1947	628 726	814 843	694 898	206 061	2 403 728	57 374
1948	640 209	914 791	874 911	190 970	2 145 092	55 113
1949	648 889	934 242	777 904	156 423	2 182 164	51 690
			bb) je Hektar Kulturfläche:			
1929/30	154	259	206	20	471	66
1931/35	79	240	127	21	411	68
1936/40	130	224	135	31	465	62
1941/45	200	265	184	75	985	20
1946	204	295	248	79	941	23
1947	236	306	261	78	903	22
1948	241	344	329	72	807	21
1949	242	351	292	59	820	19

Für die einzelnen Aufwandsgruppen wurden folgende Beträge je Jahr aufgewendet:

Jahr	Pachtzinse und Steuern Fr.	Gebäudeunterhalt Fr.	Maschinen und Geräte Fr.	Düngemittel Fr.	Sämereien Fr.	Futtermittel Fr.	Verschiedene Ausgaben Fr.
			aa) absolut:				
1929/30	354 485	34 035	194 747	121 476	72 017	351 048	249 012
1931/35	360 280	23 812	166 084	91 879	68 395	329 219	245 457
1936/40	365 514	17 645	141 942	95 187	100 919	365 403	243 390
1941/45	384 689	45 366	286 128	164 194	175 290	356 720	237 244
1946	370 351	99 634	359 011	203 028	286 273	425 634	257 039
1947	380 395	62 253	414 257	225 900	259 866	603 678	305 658
1948	392 885	54 578	408 193	255 946	167 010	544 801	285 774
1949	385 988	47 281	369 480	210 390	242 003	573 013	268 188
			bb) je Hektar Kulturfläche:				
1929/30	146	14	81	50	30	144	103
1931/35	146	10	67	37	28	133	99
1936/40	145	7	56	38	40	145	97
1941/45	149	18	111	64	68	138	92
1946	142	38	138	78	110	163	98
1947	143	23	156	85	98	227	115
1948	148	20	154	96	63	205	108
1949	145	18	139	79	91	215	101

c) Das volkswirtschaftliche Einkommen und seine Zusammensetzung. Den besten Einblick in die Entwicklung der Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft bietet die Veränderung des volkswirtschaftlichen Einkommens (Netto-Rohertrag). Dieses ist der Betrag, der als Entgelt für die aufgewendete bezahlte und unbezahlte Arbeit, für das festgelegte eigene und fremde Kapital und für Steuerleistungen zur Verfügung steht. Das volkswirtschaftliche Einkommen ist auch jene Grösse, die nicht nur im Kanton Bern, sondern in verschiedenen andern Kantonen als Grundlage für die Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens herangezogen wird. Es ist am besten geeignet, Vergleiche zwischen den Ergebnissen der verschiedenen Anstalten zu ziehen, weil es den störenden Einfluss der verschiedenartigen Arbeitsverfassung der einzelnen Betriebe beseitigt.

Der Netto-Rohertrag ist auch jene Grösse, die am besten einen Vergleich mit den Ergebnissen der Rentabilitätserhebungen des schweizerischen Bauernsekretariates ermöglicht.

In den untersuchten Betrieben verteilt sich das volkswirtschaftliche Einkommen auf:

Jahr	die Besoldungen und Arbeitslöhne Fr.	den Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital, für Steuern und für unbezahlte Arbeit Fr.	Total volkswirtschaftliches Einkommen Fr.
	aa) absolut:		
1929/30.	618 627	1 208 741	1 827 368
1931/35.	660 133	753 932	1 414 065
1936/40.	636 090	1 038 547	1 674 637
1941/45.	811 913	2 378 620	3 190 533
1946 . .	928 212	2 109 516	3 037 728
1947 . .	1 197 719	1 736 299	2 934 018
1948 . .	1 399 945	1 715 208	3 115 153
1949 . .	1 451 651	1 582 942	3 034 593
	bb) je Hektar Kulturfläche:		
1929/30.	255	499	754
1931/35.	267	305	572
1936/40.	252	412	664
1941/45.	315	922	1237
1946 . .	356	808	1164
1947 . .	450	652	1102
1948 . .	526	646	1172
1949 . .	545	595	1140

Die Arbeitskosten sind weiterhin gestiegen und heute mehr als doppelt so hoch wie in der Vorkriegszeit. Der für den Staat verbliebene Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital, für Steuern und für die unbezahlte Arbeit entspricht demjenigen, den man in der Betriebsrechnung unter dem Begriff landwirtschaftliches Einkommen der Unternehmerfamilie bezeichnet. Dieser Betrag ist erneut gesunken und ist nur noch um einen Fünftel höher als in der Periode 1929/30 und rund 45 % höher als in der Periode 1936/40.

In den bernischen Staatsbetrieben wurde 1929/30 der reale Arbeitsaufwand ungefähr zur Hälfte durch unbezahlte Arbeitskräfte geleistet. Es ist das auch heute noch der Fall. Ihr Geldwertertrag ist jedoch in der Entwicklung stark zurückgefallen. Wenn für sie verhältnismässig die gleiche Vergütung gewährt worden wäre wie für die bezahlten Arbeitskräfte, hätten die Jahre 1929/30 im Durchschnitt noch einen Ertrag für das Betriebskapital von Fr. 235 629.— oder von Fr. 98.— per Hektar ergeben; 1949 wäre es dagegen ertragslos verblieben.

Das volkswirtschaftliche Einkommen oder der Netto-Rohertrag hat gegenüber dem letzten Jahr eine Senkung von Fr. 32.— per Hektar erfahren. Er betrug je Hektar Kulturfläche:

In den Gutsbetrieben	1945 Fr.	1947 Fr.	1948 Fr.	1949 Fr.
der landw. Schulen .	1246	1060	1307	1151
der Strafanstalten .	1320	1086	1117	1072
der Heil- und Pflegeanstalten	1274	1151	1293	1317
der Erziehungsanstalten	1315	1162	1087	1195
Durchschnitt sämtlicher Betriebe . .	1302	1102	1172	1140

Obwohl die Durchschnittszahlen sich schon bei einer beschränkten Anzahl Betriebe ausgleichen, zeigen die Einzelergebnisse eine grosse Streubreite. Dieser Umstand ist bei den Folgerungen vom Durchschnitt auf den Einzelbetrieb zu beachten. Es wiesen die Staatsbetriebe folgende Einzelergebnisse auf:

Volkswirtschaftliches Einkommen per ha Fr.	Zahl der Betriebe 1944	1945	1946	1947	1948	1949
Bis 600	1	—	2	2	2	1
601— 900	4	6	6	4	6	5
901—1200	3	4	3	6	3	4
1201—1500	5	3	6	7	4	4
1501—1800	4	5	2	—	3	6
Über 1800	2	1	—	1	2	—
Total	19	19	19	20	20	20

d) Veränderung der Inventarbestände. Das «Pächterkapital» in den 20 Staatsbetrieben weist am Ende des Rechnungsjahres gegenüber der Eingangsinventur eine Wertverminderung um Fr. 16 841 auf.

Die Bestände waren in den Bilanzen mit folgenden Werten aufgenommen:

	Am 1. Januar 1949 Stück	Fr.	Am 31. Dezember 1949 Stück	Fr.
Tierbestände: Rindvieh				
Kühe	1043	773 095	1047	777 610
Rinder.	764	345 860	773	350 825
Kälber und Jungvieh bis 1 Jahr alt	350	43 475	395	51 275
Ochsen.	292	96 710	310	112 280
Zuchtstiere.	35	44 950	34	37 600
Total Rindvieh	2484	1 304 090	2559	1 329 590
Pferde.	324	303 035	320	298 905
Schweine.	2181	231 418	2410	220 656
Kleinvieh, Geflügel und Bienen		47 303		47 415
Total Tierbestände		1 885 846		1 896 566
Maschinen und Geräte		789 902		791 356
Vorräte an zugekauftem Saatgut		12 262		18 706
» » » Dünger		26 045		22 929
» » zugekauften Futtermitteln		109 623		98 201
» » landwirtschaftlichen Produkten.		762 650		741 967
Verschiedenes		19 301		19 063
Gesamttotal		3 605 629		3 588 788

4. Die Statistik der Steuern und der Steuerkraft der Gemeinden wurde weitergeführt. Die Ergebnisse über die Ermittlung der Steuerkraft und Steuerbelastung der bernischen Gemeinden im Steuerjahr 1947 wurde vervielfältigt und als Heft den Verwaltungsabteilungen abgegeben.

5. Begutachtung für Beihilfeordnung und Rekursfälle der Beitragsleistung für die AHV. Im Berichtsjahr wurden 501 Mutationen behandelt, und 676 Beihilfegesuche für Gebirgsbauern beurteilt. Ferner wurden 374 Herabsetzungsgesuche für Beitragsleistungen an die AHV begutachtet.

6. Viehzählung. Am 21. April 1949 wurde wiederum eine eidgenössische Viehzählung durchgeführt, die wir für unsern Kanton zu besorgen hatten. Zum erstenmal erfolgte die Aprilzählung nach repräsentativer Methode, d. h. in ausgewählten Gemeinden. Wie in den von uns schon 1929 durchgeführten, dann in den dreissiger Jahren wiederholten repräsentativen Zählungen im Kanton Bern, ergaben auch jetzt wieder die abgekürzten, schneller vollendeten und billigeren Erhebungsarten einen genügend genauen Überblick über die eingetretenen Veränderungen im Viehbestand.

7. Kantonal-bernische Ausstellung Thun 1949. An der Kantonal-bernischen Ausstellung zeigte die vom Regierungsrate betreute Eingangshalle «Bernbiet und Berner» das Bernervolk als Einheit und in seiner Arbeit. Ein umfangreiches photographisches Material erhielt

durch unser Bureau die ergänzenden, statistischen Angaben. Wir lieferten diese Zahlen als Beschriftungen der ausgestellten Bilder, hoben die wichtigsten Arbeitszweige hervor und charakterisierten die Volkswirtschaft des Kantons mit einigen grossen Schlagzeilen.

8. Erhebung über Wohnungsproduktion und Wohnungsbedarf. Diese ist wiederum am 25. März 1950 durchgeführt worden. Die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen lauten:

Jahr	Neuerstellte Wohnungen	Je auf Ende März in Bau befindliche Wohnungen	leerstehende Wohnungen Total	davon bereits vermietet
1945 . . .	2638	1310	326	105
1946 . . .	3344	.	.	.
1947 . . .	4042	3225	236	96
1948 . .	4711	3546	275	123
1949[1]) . .	3804	2164	338	114
Jan./März 1950[1]). .	618	2972	572	205

Im Jahre 1949 betrug die Wohnungsproduktion 3804 Einheiten, rund 900 Einheiten weniger als im Rekordjahr 1948.

Für die Periode Januar—März 1950 sind 618 weitere Wohnungsbauten gemeldet worden, wobei zu beachten ist, dass die Stadt Bern nur die Produktion von Januar und Februar angab. Auf den 25. März 1950 ergeben sich 2972 begonnene Wohnungsbauten, d. h. rund 800 Einheiten mehr als 1949. Es ist bemerkenswert, dass somit für 1950 nochmals eine sehr bedeutende Produktion zu erwarten ist, die über den Zuwachsbedarf hinausgeht. Diesem Befund entspricht die Feststellung, dass der Leerwohnungsbestand im Laufe der Beobachtungsjahre merkbar gewachsen ist.

Für die Beurteilung des Wohnungsmarktes ist neben der Grösse der Produktion auch die Entwicklung des Bedarfes wegleitend. Der Zuwachsbedarf an Wohnungen ist nach wie vor gross. Er verläuft im wesentlichen proportionell der Zahl der Ehen. Erfahrungsgemäss hat man auf 100 Ehen mit einem Bedarf von 125 Wohnungen zu rechnen.

Die Vermehrung der Ehen, der Zuwachsbedarf an Wohnungen und die Wohnungsproduktion nahmen nachfolgende Entwicklung.

In der Periode 1945—1949 ging die Produktion um ca. 900 Wohnungen über den Zuwachsbedarf hinaus. Diese Masse steht zur Verfügung, um den aufgestauten Bedarf herabzumindern oder als Ersatz für stillgelegte oder eingegangene Wohnungen zu dienen.

[1]) Bei Abschluss des Berichtes fehlen noch die Rapporte folgender 16 Gemeinden: Meikirch, Meinisberg, La Ferrière, Sonceboz-Sombeval, Ederswiler, Undervelier, Goumois, Mirchel, Court, Mervelier, Scheuren, Bure, Chevenez, Fregiécourt, Vendlincourt und Rüeggisberg. Für diese wurden die im Vorjahr (Ende März 1949) gemeldeten Zahlen eingerechnet, nämlich:

1948 erstellte Wohnungen	48
Im Januar bis März 1949 erstellte Wohnungen	8
Im März 1949 im Bau befindliche Wohnungen	14
Im März 1949 leerstehende Wohnungen	4
Davon bereits vermietet	2

Jahr	Vermehrung der Ehen	Zunahme des Wohnungsbedarfes	Wohnungsproduktion
1945	2 560	3 200	2 638
1946	3 040	3 800	3 344
1947	3 060	3 825	4 042
1948	2 860	3 575	4 711
1949 prov..	2 600	3 250	3 804
Total 1945—1949. .	14 120	17 650	18 539

9. Aufwand der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken. Die in Verbindung mit der Erhebung über die Gemeindesteuern seit 1928 ununterbrochen durchgeführte Untersuchung über die Höhe des Aufwandes der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken haben wir weitergeführt. Der zu Lasten der Gemeinden fallende Aufwand betrug:

	1945 Fr.	1947 Fr.	1948 (prov.) Fr.
Barleistungen . . .	8 221 821	17 236 923	19 632 713
Naturalleistungen (unbezahltes Gemeindewerk) . . .	472 109	469 982	484 408
Total Bruttoaufwand	8 693 930	17 706 905	20 117 121

Dieser Aufwand wurde gedeckt durch:

	1945 Fr.	1947 Fr.	1948 (prov.) Fr.
Beiträge von Bund und Kanton . . .	247 208	502 193	753 788
Beiträge von andern Gemeinden. . . .	25 208	41 035	53 772
Beiträge von Privaten	139 254	451 470	787 220
Nettoaufwand der Gemeinden und ihrer Unterabteilungen .	8 282 260	16 712 207	18 522 341
Total wie oben. . .	8 693 930	17 706 905	20 117 121

Der zu Lasten der Gemeinde fallende jährliche Aufwand nahm im Laufe der Erhebungsjahre folgende Entwicklung:

Jahr	Absolut		Je Kopf der Wohnbevölkerung
1928—1932	Fr. 10 035 440	=	Fr. 14.51
1933—1937	» 8 293 673	=	» 11.48
1938—1942	» 6 649 219	=	» 9.11
1943	» 6 867 493	=	» 9.24
1944	» 7 144 775	=	» 9.53
1945	» 8 282 260	=	» 10.94
1946	» 13 745 158	=	» 18.05
1947	» 16 712 207	=	» 21.26
1948 (prov.)	» 18 522 341	=	» 23.35

Seit 1945 ist der Aufwand der Gemeinden für den Strassen- und Brückenbau ausserordentlich stark gewachsen, und er erreichte im Jahre 1948 den 2¼fachen Betrag des Jahres 1945, und er war mehr als 50 % grösser als in der Periode 1928—32.

Für die Berechnung des Gesamtaufwandes für den Unterhalt von Strassen und Brücken im Kanton ist zu oben verzeichneten Beträgen noch der Aufwand des Bundes und des Kantons zuzuzählen.

Nach Ämtern geordnet betrug der Aufwand der Gemeinden für ihre Strassen (exklusive Strassen der Allmend- und Flurgenossenschaften und Privatwege) für die Jahre 1945, 1947 und 1948 (die Zahlen seit dem

Jahre 1928 sind in den früheren Verwaltungsberichten veröffentlicht):

	1945 Fr.	1947 Fr.	1948 (prov.) Fr.
Aarberg	232 842	308 530	374 388
Aarwangen	326 325	571 698	797 186
Bern	2 783 571	6 738 235	6 424 681
Biel	667 895	1 293 459	1 787 545
Büren	63 251	372 749	444 710
Burgdorf	241 456	393 549	436 934
Courtelary	356 948	838 825	901 128
Delsberg	139 773	295 767	507 484
Erlach	52 516	228 686	85 979
Freibergen	38 084	94 130	133 918
Fraubrunnen	104 250	172 695	157 941
Frutigen	87 330	146 826	166 060
Interlaken	330 991	482 706	600 192
Konolfingen	202 299	345 696	306 012
Laufen	101 984	116 109	177 682
Laupen	112 836	235 504	145 830
Münster	402 076	971 240	1 066 949
Neuenstadt	70 102	128 615	185 166
Nidau	128 100	202 637	260 744
Oberhasli	84 891	93 315	112 525
Pruntrut	203 777	375 151	587 239
Saanen	17 453	72 191	98 685
Schwarzenburg	87 213	110 264	128 508
Seftigen	192 347	286 031	317 776
Signau	161 929	251 624	333 343
Nieder-Simmental	148 622	211 989	200 226
Ober-Simmental	70 057	66 365	47 166
Thun	511 592	793 281	979 705
Trachselwald	219 555	275 620	419 241
Wangen	142 195	238 720	337 398
Total	8 282 260	16 712 207	18 522 341

10. Ausgaben der Gemeinden für das Schulwesen. Vor 20 Jahren sind für 1928 bzw. 1927/28 die Ausgaben der Schulgemeinden festgestellt worden. Diese Erhebung wurde im Berichtsjahre wiederholt.

Die Gemeindeausgaben für das Schulwesen (ohne die Techniken, die landwirtschaftlichen Schulen und die Universität) betrugen im Kalenderjahr 1948 bzw. im Schuljahr 1947/48 rund 53,0 Millionen Franken. Hiervon wurden gedeckt durch Beiträge von Bund und Kanton 8,3 Millionen Franken, durch Erträgnisse von Schulgütern und Fonds 1,7 Millionen Franken, durch Beiträge Dritter 1,9 Millionen Franken. Die reinen Gemeindeauslagen betragen demnach etwas über 41,1 Millionen Franken. Das sind rund 38 % des Ertrages sämtlicher Gemeindesteuern (inkl. Kirchensteuern). Von den Reinausgaben entfallen 26,6 Millionen Franken auf die Primarschulen, 8,2 Millionen Franken auf Sekundarschulen, 1,5 Millionen Franken auf Mittelschulen, während Fortbildungsschulen, hauswirtschaftlicher Unterricht und Kindergärten 4,8 Millionen Franken beanspruchen. Wir führen die Einzelheiten des Ergebnisses in untenstehender Tabelle an.

11. Weinernteerhebung. Diese jährlich durchgeführte Erhebung wurde weitergeführt und entsprechend den Vorschriften des Weinbaustatutes ausgestaltet. Die Ergebnisse wurden der Abteilung Landwirtschaft im eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement zur Verfügung gestellt. Die Zahl der Rebbesitzer beträgt 1359. Das Rebenareal wird mit 284,05 ha und der Wert der Ernte mit Fr. 1 035 778 angegeben.

12. Publikationen. Die Mitteilung Nr. 26, «*Das Schicksal der Abgewanderten*, dargestellt an Beispielen aus der bernischen Gemeinde Heimiswil», wurde im Berichtsjahr fertiggestellt und herausgegeben. Die Sammlung des Materials hatte längere Zeit gedauert, stellt aber dafür auch eine selten beigebrachte Dokumentation der Wanderungsbewegung und Wanderungsschicksale dar. Die Eigentümlichkeit der Untersuchung besteht darin, dass sie für die Abgewanderten das persönliche und ökonomische Schicksal nach Erfolg und Misserfolg, Richtung und Entfernung der Wanderungen, nach Zielsicherheit und Unruhe erfasst.

Schulart	Allgemeine Ausgaben		Lehrerschaft	Schüler	Verschiedene, hievor nicht enthaltene Ausgaben	Total Rohausgaben der Gemeinden	Hiervon wurden gedeckt durch			Reine Ausgaben der Gemeinden einschl. Beiträge von Einwohner- oder Kirchgemeinden, zu deren Verband die Schulgemeinde gehört
	Bauten, Unterhalt, Mobiliar, Heizung, Beleuchtung, Reinigung usw.	Verwaltung, Aufsicht	Besoldung[1]) ohne die direkten Zahlungen des Staates an die Lehrer, Stellvertretung, Pensionierung, Fürsorge, Fortbildung	Lehrmittel, Reisen, Stipendien, Versicherung, Schularzt, Ferienversorgung, Speisung, Kleidung			Beiträge von Bund und Kanton ohne direkte Zahlungen des Staates an die Lehrer	Erträgnisse von Schulgütern, Fonds usw.	Beiträge Dritter Schulgelder, Geschenke	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Kleinkinderschulen	296 039	4 638	587 212	35 303	190 186	1 113 378	114 755	6 254	98 104	894 265
2. Primarschulen	8 301 518	842 725	18 396 866	2 515 364	1 041 538	31 098 011	3 009 772	928 074	526 755	26 633 410
3. Sekundarschulen und Progymnasien	2 665 072	259 245	7 171 305	537 474	222 721	10 855 817	1 989 088	152 193	553 897	8 160 639
4. Mittelschulen	464 815	112 883	1 973 755	64 722	51 741	2 667 916	1 103 279	16 340	153 813	1 394 484
5. Lehrerbildungsanstalten	50 746	14 005	237 344	11 201	4 000	317 296	121 320	—	11 271	184 705
6. Allgemeine Fortbildungsschulen	18 704	468	74 498	11 457	25 707	130 834	28 579	250	6 238	95 767
7. Berufliche Fachschulen	628 389	218 601	2 243 489	300 179	1 610 364	5 001 022	1 291 539	561 935	438 900	2 708 648
8. Landwirtschaftliche Fortbildungsschulen	4 404	3 556	101 120	16 412	23 982	149 474	48 060	640	2 991	97 783
9. Hauswirtschaftlicher Unterricht	347 818	69 592	858 477	301 269	134 918	1 712 074	584 038	8 593	117 541	1 001 902
Total	12 777 505	1 525 713	31 644 066	3 793 381	3 305 157	53 045 822	8 290 430	1 674 279	1 909 510	41 171 603

[1]) Einschliesslich Wert der Naturalien

Die Nummer 27, «*Ergebnisse der Viehbestandsermittlungen* 1934 bis 1948 im Kanton Bern», halten die wechselnden Viehbestände von 15 Zählungen für jede Gemeinde fest. Es handelt sich um die umfangreichste und dichteste Folge von Viehzählungen im Kanton Bern, da die Krisenzeit ganz ähnlich wie nachher die Kriegszeit fortgesetzte Überprüfung der Produktions- bzw. Versorgungslage erheischte. Es ist aber für spätere Einzeluntersuchungen wichtig, dass die Ergebnisse für die kleinste territoriale Einheit, also für die Gemeinde, zur Verfügung stehen.

VIII. Salzhandlung

Umsatz pro 1949

1. *Kochsalz*

Kochsalz, gewöhnliches	2 124 600 kg
Kochsalz, jodiertes, offen	6 211 150 kg
Kochsalz, jodiertes, in Paketen . . .	230 675 kg
Total	8 566 425 kg
Im Vorjahr wurden abgegeben (gewöhnliches 2 294 300 kg, jodiertes offenes 5 991 100 kg, jodiertes in Paketen 239 600 kg)	8 525 000 kg
Im Berichtsjahr wurden mehr verkauft	41 425 kg

2. *Andere Salzarten*

	Eingang	Ausgang	Mehrausgang als 1948	Weniger-ausgang als 1948
	kg	kg	kg	kg
Tafelsalz	240 750	244 875	12 475	—
Tafelsalz Grésil .	1 470	1 470	—	440
Meersalz	61 200	62 200	8 100	—
Gewerbesalz . .	1 986 091	1 970 141	106 091	—
Vergoldersalz . .	10 600	10 600	—	15 850
Salzlecksteine . .	300	300	—	50
Nitritpökelsalz . .	99 300	96 300	16 250	—
Übrige Spezialsalze	30 850	30 900	(1948 in Vergoldersalz inbegriffen).	

Den Rheinsalinen wurden für die sämtlichen Bezüge (Koch- und Spezialsalze) Fr. 1 176 699.70 bezahlt gegenüber Fr. 1 188 875.55 im Vorjahr.

Reinertrag

Dieser geht hervor aus dem Bruttoertrag von		Fr. 1 665 792.95
abzüglich der Betriebskosten von	Fr. 597 340.96	
und der Verwaltungskosten von	» 34 443.73	
		» 631 784 69
verbleiben der Staatskasse als Reinertrag		Fr. 1 034 008.26
Im Voranschlag war ein Ertrag vorgesehen von		Fr. 987 253.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag		Fr. 46 755.26
Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Reinertrag *vermehrt* um . .		Fr. 50 377.76

IX. Domänenverwaltung

Die Veränderungen im Bestand der Domänen waren im Berichtsjahr — mit Ausnahme des Erwerbs einer grössern Liegenschaft in Bern — nur unbedeutend. Dagegen erfuhr der bisher mit der alten Grundsteuerschatzung zu Buch stehende Wert der Domänen eine wesentliche Vermehrung durch die im Berichtsjahr durchgeführte amtliche Bewertung. Einer Höherbewertung von rund 5,5 Millionen steht ein Minderwert von 1,4 Millionen gegenüber, der zur Hauptsache auf den ungenügenden baulichen Zustand zahlreicher Staatsgebäude, insbesondere Pfarrhäuser etc. zurückzuführen ist. Es ist dies ein Fingerzeig, dass in Zukunft für den Unterhalt der Staatsgebäude ein Mehreres geleistet werden muss. Bei einem Gebäudewert von 95 Millionen sollte für einen ausreichenden Unterhalt ein Betrag von 1,5 Millionen aufgewendet werden können.

Im Bestreben, die Staatsverwaltung möglichst in staatseigenen Liegenschaften unterzubringen, um von Mieten unabhängig zu werden, wurde die Besitzung Gerechtigkeitsgasse Nr. 64 angekauft, die später zu einem Verwaltungsgebäude umgebaut werden soll. In welch unangenehme Lage die Verwaltung geraten kann, zeigt deutlich die Zwangslage, die durch Kündigung des Mietvertrages für das vom kantonalen Versicherungsamt benützte Hotel Ratskeller durch die Gemeinde Bern entstanden ist. Diese Kündigung zwingt den Staat zu einem beschleunigten Umbau der Häuser Nydeggasse 11 und 13, wo in Zukunft das kantonale Versicherungsamt definitiv und zweckmässig untergebracht werden soll.

Das Wohnungsproblem für Anstaltspersonal beschäftigte auch im Jahre 1949 die Liegenschaftsverwaltung. Nachdem in Münsingen, Thorberg, Hindelbank usw. der dringendste Bedarf befriedigt werden konnte, machte sich in Bellelay ein vermehrtes Bedürfnis an Personalwohnungen bemerkbar. Diesem wird dadurch entsprochen, dass einer Baugenossenschaft das zur Erstellung von 7 Einfamilienhäusern benötigte Bauland zur Verfügung gestellt und durch weitere finanzielle Hilfe der Bau dieser Personalwohnungen ermöglicht wurde. Im Sinne der Wohnraumbeschaffung erfolgte auch der Ankauf eines 3-Familien-Hauses für Personal des Erziehungsheims Erlach.

Hinsichtlich der mietweisen Beschaffung von Büroräumlichkeiten ist im letzten Jahr eine erhebliche Entspannung eingetreten. Einmal zufolge Baues zahlreicher Bürohäuser und dann durch den Rückzug zahlreicher Bundesämter aus Privatwohnungen, was erlaubte, einzelne kantonale Abteilungen, ohne Mehrbelastung, zweckmässiger unterzubringen.

Über die im Berichtsjahre erfolgten Ankäufe, Verkäufe, Abtausche usw. geben die nachstehenden Übersichten Aufschluss.

A. Ankäufe

1. *Amt Aarberg:* In Bargen wurde von Frl. Spack, Pflegerin, ein Einfamilienhaus angekauft, welches nunmehr als Wohnung für den Pfarrhelfer des Seelandes dient. Der Halt der Liegenschaft beträgt 22,89 a, der amtliche Wert Fr. 43 000, der Kaufpreis Fr. 65 000.

2. *Amt Bern:* Mit Grossratsbeschluss vom 5. September 1949 wurde in Bern für eine spätere Unterbringung von Verwaltungsabteilungen von der Erbschaft Alfred Schär die Liegenschaft Gerechtigkeitsgasse 64 käuflich erworben. Halt 6,55 a, amtlicher Wert Fr. 307 700, Kaufpreis Fr. 320 000.

3. *Amt Burgdorf:* In Krauchthal ist zuhanden der Strafanstalt Thorberg von Ed. Zwygart eine Wiese im Halte von 33,05 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 1190 zum Preise von Fr. 7200 angekauft worden.

4. *Amt Erlach:* Zur Unterbringung von Personal des Erziehungsheims Erlach ist dort von J. Meier, Bauunternehmer, ein Wohnhaus zum Preise von Fr. 85 000 erworben worden. Der amtliche Wert der Liegenschaft beträgt Fr. 49 170, der Halt 10 a.

5. *Amt Konolfingen:* Durch Aufhebung des im Jahre 1944 in Münsingen errichteten amerikanischen Soldatenfriedhofes ist das damals zu diesem Zwecke den Vereinigten Staaten von Nordamerika von der Landwirtschaftlichen Schule Schwand verkaufte Land samt den darauf errichteten Anlagen käuflich wieder an den Staat zurückgefallen, und dieses wurde alsdann zum gleichen Preise, nämlich Fr. 4116, der dortigen Kirchgemeinde zwecks Erweiterung ihres Friedhofes weiterverkauft.

6. *Amt Nieder-Simmental:* Von Jakob Stucki in Wimmis wurde für die Korrektion der Zufahrtsstrasse zum Schloss ein Terrainabschnitt von 28 m² zum Preise von Fr. 140 erworben.

7. *Amt Trachselwald:* Für die Instandstellung des Schloßträsschens in Trachselwald sind von verschiedenen Eigentümern gegen Entschädigungen von total Fr. 1684 einige Terrainabschnitte im Halte von 9,27 a erworben worden.

8. *Amt Wangen:* Zuhanden des Erziehungsheims Oberbipp wurden dort von der Erbengemeinschaft Mägli verschiedene Landparzellen von total 114,31 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 3880 zum Preise von Fr. 11 000 angekauft.

* * *

Die in der Novembersession des Grossen Rates beschlossenen Landankäufe für die neue Bergbauernschule

in Hondrich werden erst im Jahr 1950 in den Domänenbestand aufgenommen, da der Beginn von Nutzen und Schaden für den Staat nicht in das Jahr 1949 fällt.

B. Verkäufe

1. *Amt Aarwangen:* Für die Strassenkorrektion in Lotzwil sind vom dortigen Landjägerposten 39 m² Terrain zum Preise von Fr. 351 an die Gemeinde abgetreten worden.

2. *Amt Erlach:* Vom Land auf dem Gemeindebezirk Ins des Erziehungsheims Brüttelen sind der Gemeinde Ins nach stattgefundener Entwässerung im «Möösli» zwecks Grenzbereinigung 812 m² Land gratis abgetreten worden. Der amtliche Wert beträgt Fr. 90.

3. *Amt Interlaken:* Vom Pfrundgut Grindelwald wurden an Ulrich Brawand, Landwirt, 146 m² Land zum Preise von Fr. 292 verkauft.

4. *Amt Wangen:* Der Kirchgemeinde Niederbipp wurde das zum dortigen Pfrundgut gehörende Waschhaus zwecks Errichtung einer Abortanlage gegen gleichzeitige Entrichtung einer Loskaufsentschädigung von Fr. 2000 abgetreten.

C. Abtausche

1. *Amt Bern:* Mit Fritz Grimm, Landwirt in Herrenschwanden, nahm die Landwirtschaftliche Schule Rütti von ihrem sogenannten Riedernwald in Kirchlindach einen Tausch vor, indem sie ihm eine Parzelle von 46,09 a versumpften und fast unproduktiven Waldes zum Preise von Fr. 691.35 gegen eine Waldparzelle von 17,45 a zum Preise von Fr. 312.50 abtauschte.

2. *Amt Interlaken:* Für den Neubau der Schnitzlerschule Brienz und die dadurch bedingte Platzgestaltung tauschte die Einwohnergemeinde 2 Terrainabschnitte von total 4,91 a mit der Schatzung von Fr. 2320 gegen einen solchen von 74 m² mit einer Schatzung von Franken 370 gratis ab.

3. *Amt Oberhasli:* Dem Andreas Huggler, Wirt in Gadmen, tauschten wir vom dortigen Pfrundgut einen Platz von 18 a zum Bau eines Gasthauses gegen eine Landparzelle von 41,42 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 1760 ab. Für den Mehrwert des ihm abgetretenen Landes zahlte A. Huggler Fr. 4929.60.

Übersicht über den Liegenschaftsverkehr

Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich ha	Erdreich a	Erdreich m²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Aarberg	2	—	22	89	43 000	65 000.—
Bern	1	—	24	00	308 190	320 000.—
Burgdorf	—	—	33	05	1 190	7 200.—
Erlach	1	—	10	00	49 170	85 000.—
Interlaken	—	—	4	91	2 320	—
Konolfingen	—	—	13	72	270	4 116.—
Oberhasli	—	—	41	42	1 760	Tausch
Nieder-Simmental	—	—	—	28	100	140.—
Trachselwald	—	—	9	27	0	1 684.—
Wangen	—	1	14	31	3 880	11 000.—
	4	2	73	85	409 880	494 140.—

Abgang durch Verkäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich ha	Erdreich a	Erdreich m²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Aarwangen	—	—	—	39	240	351.—
Bern	—	—	46	09	1 290	Tausch
Erlach	—	—	8	12	90	—
Interlaken	—	—	2	20	800	292.—
Konolfingen	—	—	13	72	270	4 116.—
Oberhasli	—	—	18	—	640	4 929.60
Wangen	1	—	—	36	1 480	—
	1	—	88	88	4 810	9 688.60
Seegrund und Flussbett	—	—	5	89	—	2 218.—
	1	—	94	77	4 810	11 906.60

Seegrund- und Flussbettverkäufe

					Kaufpreis Fr.
Brienzersee:	Niederried	118 m²	an	Fritz Schulthess, Bern	472.—
Thunersee:	Einigen	32 m²	an	Werner Messerli, Bern	96.—
	Faulensee	97 m²	an	Frau Marie Spahr, Faulensee	291.—
	Hilterfingen	4 m²	an	E. Hirt, Burgdorf	15.—
	Leissigen	45 m²	an	Einwohnergemeinde Leissigen	135.—
	Leissigen	229 m²	an	H. Friedli, AG., Bern	1145.—
Lütschine:	Bönigen	64 m²	an	Gemischte Gemeinde Bönigen	64.—
		589 m²			2218.—

Ausweis über die Veränderungen

	Erdreich ha	a	m²	Amtlicher Wert Fr.
Stand der Domänen am 31. Dezember 1948	3579	57	34	[1]) 89 764 531.—
a) Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche gem. Aufstellung	2	73	85	409 880.—
b) Zuwachs durch ordentliche Berichtigungen	—	—	74	5 176.—
c) Zuwachs durch Berichtigungen infolge Höherschätzungen bei der amtlichen Bewertung und Mehrhalt bei Nachmessungen	27	13	85	5 537 838.—
	3609	45	78	95 717 425.—
Verminderung im Jahre 1949:				
a) durch Verkäufe und Abtausche gemäss Aufstellung	—	88	88	4 810.—
b) Berichtigungen infolge ordentlicher Schatzungsveränderungen	—	30	17	11 290.—
c) Berichtigungen infolge Minderschatzungen bei der amtlichen Bewertung	[2]) 268	77	47	1 418 161.—
	3339	49	26	94 283 164.—

Der Reinertrag der Domänen belief sich im Berichtsjahr auf		Fr. 2 851 504.76
Im Voranschlag waren vorgesehen		» 2 795 151.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag		Fr. 56 353.76
Dieser Mehrertrag setzt sich zusammen aus:		
Mehreinnahmen beim Ertrag		Fr. 60 050.75
Mehrausgaben bei den Wirtschaftskosten	Fr. 2 604.21	
Mehrausgaben bei den Abgaben	» 1 092.78	
		» 3 696.99
		Fr. 56 353.76

[1]) Bisherige Grundsteuerschatzung.

[2]) Die Haltverminderung stammt in der Hauptsache davon her, dass bisher im Grundsteuerschatzungsetat der Gemeinde Gampelen 263 ha 28 a 14 m² Kanalgebiet, Staatsstrassen, Seefläche und Strandboden figurierten, welche bei der amtlichen Bewertung weggelassen worden sind.

X. Kantonalbank

Wie üblich beschränken wir uns auf die Wiedergabe der Hauptposten der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht des Bankrates an den Regierungsrat niedergelegt sind, und verweisen im übrigen auf diesen Bericht, der sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt worden ist.

Rechnungsergebnis

Laut Gewinn- und Verlustrechnung setzt sich das Rechnungsergebnis für das Jahr 1949 aus folgenden Buchungen zusammen:

Ertrag an Zinsen, netto (einschliesslich 3 % Zins auf dem durchschnittlichen Wertschriftenbestand)				Fr. 8 745 562.95
Kommissionen, netto				» 2 179 866.87
Ertrag des Wechselportefeuilles				» 1 859 310.53
Ertrag der Wertschriften, dauernden Beteiligungen und Syndikatsbeteiligungen				» 905 712.40
Ertrag der Liegenschaften				» 277 709.11
Verschiedenes				» 585 659.15
				Fr. 14 553 821.01
Wovon abgehen:				
Verwaltungskosten			Fr. 9 113 459.59	
Steuern und Abgaben			» 1 358 714.62	
Verluste und Abschreibungen:				
Verluste auf Wechseln	Fr.	17 581.15		
Verluste auf Kontokorrent-Vorschüssen	»	22 734.26		
Verluste auf Darlehen	»	889.20		
Abschreibungen auf Mobiliar	»	102 988.91		
Abschreibungen auf Bankgebäuden	»	98 035.—		
Abschreibungen auf andern Liegenschaften	»	—.—		
Rückstellungen für besondere Risiken	»	817 861.30		
	Fr.	1 060 089.82		
Abzüglich Wiedereingänge	»	54 023.15		
			» 1 006 066.67	
				» 11 478 240.88
			Jahreserträgnis	Fr. 3 075 580.13
Beantragte Verwendung:				
1. 4 % Verzinsung des Grundkapitals von Fr. 40 000 000			Fr. 1 600 000.—	
2. Zuweisung an den Reservefonds			» 200 000.—	
3. Zuweisung an die Generalreserve für Risiken			» 1 275 580.13	
				Fr. 3 075 580.13

XI. Hypothekarkasse

Wie in frühern Jahren beschränken wir uns auch hier auf die Wiedergabe der Hauptposten aus der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht der Direktion an den Verwaltungsrat der Anstalt enthalten sind. Der Bericht der Hypothekarkasse steht den Mitgliedern des Grossen Rates zur Verfügung.

Gewinn- und Verlustrechnung

Ertrag:	Darlehen auf Hypothek		Fr. 19 083 539.45
	Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung		» 18 303.75
	Konto-Korrent-Debitoren mit Deckung		» 99 059.21
	Konto-Korrent-Guthaben und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften		» 1 164 287.95
	Bankendebitoren		» 149 271.62
	Ertrag der Provisionen		» 33 452.19
	Zinsertrag der Wertschriften, Kursgewinne und Kommissionen		» 1 686 463.60
	Ertrag der Liegenschaften		» 32 154.45
	Summe des Rohertrages		Fr. 22 266 532.22
Kosten:	Verzinsung der festen Anleihen	Fr. 3 379 214.40	
	Verzinsung der Pfandbrief-Darlehen	» 1 594 664.80	
	Langfristige Kassaobligationen	» 195 000.—	
	Kassascheine und Obligationen	» 1 874 159.85	
	Spareinlagen	» 2 992 435.54	
	Spezialfonds	» 7 853 098.01	
	Depositen in Kontokorrent	» 222 980.90	
	Kreditoren auf Sicht	» 24 760.14	
	Kommissionen	» 31 975.12	
	Bankbehörden und Personal	» 793 520.10	
	Pensionskasse	» 59 979.—	
	Geschäfts- und Bureaukosten	» 69 459.15	
	Emissionskosten für feste Anleihen	» 300 000.—	
	Steuern und Abgaben	» 760 751.50	
	Verluste und Abschreibungen	» 20 749.25	
	Rückstellung für Baufonds	» 343 600.—	
	Zuweisung an Reservefonds	» 400 000.—	
	Verzinsung des Stammkapitals	» 1 200 000.—	
			» 22 116 347.76
	Ergibt einen Reinertrag von		Fr. 150 184.46

Gegenüber dem Reinertrag des Vorjahres von Fr. 150 281.90 ergibt sich für das Jahr 1949 ein Minderertrag von Fr. 97.44.

XII. Bernische Kraftwerke

Die *Gewinn- und Verlustrechnung* der Bernischen Kraftwerke weist für 1949 folgende Hauptposten auf:

Haben:	Saldovortrag vom Jahre 1948	Fr.	130 930.35
	Ertrag aus dem Energielieferungsgeschäft	»	13 831 644.—
	Ertrag aus dem Installationsgeschäft	»	308 949.80
	Ertrag der Beteiligungen und Wertschriften	»	386 806.70
	Zuweisung aus freien Reserven zur Verwendung für die Kriegsgewinnsteuer	»	4 295 060.10
	Summa Rohertrag	Fr.	18 953 390.95

Soll:	Obligationenzinse	Fr.	765 807.70		
	Steuern, Abgaben und Schwellenlasten	»	6 799 609.40		
	Abschreibungen	»	6 421 305.10		
	Zuweisung an die Pensionskasse	»	—.—		
	Einlage in den Tilgungsfonds	»	700 000.—		
	Einlage in den Erneuerungsfonds	»	650 000.—		
				»	15 336 722.20
	Bleibt ein Reinertrag von			Fr.	3 616 668.75

Der Reinertrag wurde wie folgt verwendet:

Zuweisung an den allgemeinen Reservefonds	Fr.	50 000.—
Zuweisung an den Spezial-Reservefonds	»	350 000.—
$5^1/_2$ % Dividende an das Aktienkapital von Fr. 56 000 000	»	3 080 000.—
Vortrag auf neue Rechnung	»	136 668.75
	Fr.	3 616 668.75

Der Energieabsatz ist im laufenden Berichtsjahr mit 1 212 935 540 kWh gegenüber 1 283 532 503 kWh im Vorjahr um 70 596 963 kWh zurückgegangen.

Infolge der grossen Trockenheit im Sommer 1949 musste von dem vertraglichen Recht, die Lieferungen an die elektrochemischen und elektrothermischen Betriebe einzuschränken, Gebrauch gemacht werden, ohne dass ein Ausgleich möglich war.

Auf die einzelnen Abnehmerkategorien verteilt gestaltet sich die Energieabgabe in kWh wie folgt:

	1949	1948
Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Haushaltungen	623 265 090	646 435 973
Normalbahnen	80 190 062	71 896 323
Elektrochemische und elektrothermische Betriebe	122 175 470	190 113 620
Schweizerische Elektrizitätswerke	368 757 918	359 734 087
Ausländische Elektrizitätswerke	18 547 000	15 352 500

Zunahmen weisen auf: Normalbahnen 8 293 739 kWh, die Schweiz. Elektrizitätswerke 9 023 831 kWh und die ausländischen Elektrizitätswerke 3 194 500 kWh. Abnahmen verzeigen: Allg. Licht- und Kraftnetz 23 170 883 und die elektrochemischen und elektrothermischen Betriebe 67 938 150 kWh.

Die Deckung des gesamten Energieabsatzes von 1 212 935 540 kWh erfolgte aus: eigenen Werken mit 442 065 200 kWh (476 309 000), den Kraftwerken Oberhasli mit 369 964 823 kWh (390 984 824) und fremden Werken, insbesondere der Westschweiz, mit 400 905 517 kWh (416 283 679). Für die Beschaffung weiterer Energie wird am Ausbau des Kraftwerkes Handeck II mit grösster Anstrengung gearbeitet. Dieses Werk wird im Sommer 1950 dem Betrieb übergeben werden können.

Die Einnahmen aus dem Energielieferungsgeschäft sind von Fr. 46 215 998.15 im Vorjahr auf 46 106 825.15 Franken zurückgegangen, was einer Mindereinnahme von Fr. 109 173 entspricht. Dagegen sind die Ausgaben von Fr. 31 391 233.75 im Vorjahr auf Fr. 32 275 181.15 gestiegen. Die Zunahme von Fr. 883 947.40 ist auf

höhere Betriebs- und Unterhaltskosten zurückzuführen. Der Bruttoüberschuss des Energielieferungsgeschäftes beträgt Fr. 13 831 644.— gegenüber Fr. 14 824.764.40 im Vorjahr.

Das Installationsgeschäft verzeigt bei 13 846 411.35 Franken (15 445 761.30) Einnahmen und 13 537 461.55 Franken (15 042 927.35) Ausgaben einen Bruttoüberschuss von Fr. 308 949.80 (402 833.95).

Die Abschreibungen auf den Kraftwerken, Leitungen, Stationen und Verteilanlagen, Verwaltungsgebäuden und anderen Liegenschaften, Mobilien, Werkzeugen und Instrumenten betragen Fr. 6 421 305.10 gegen Franken 6 466 434.40 im Vorjahr. Die Einlagen in den Tilgungsfonds mit Fr. 700 000 und in den Erneuerungsfonds mit Fr. 650 000 sind unverändert geblieben.

Bern, den 5. Juni 1950.

Der Finanzdirektor:

Siegenthaler

Vom Regierungsrat genehmigt am 7. Juli 1950

Begl. Der Staatsschreiber: **Schneider**